

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 14. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Ergebnis der Pariser Konferenz.

Fortsetzung der Aktion, bis Deutschland direkte Vorschläge macht.

Paris, 13. April. (Eca.) Am Ende der heutigen Sitzung ...

Die französische und belgische Regierung, die in gleicher Weise ...

Die Erklärung der französischen und der belgischen Regierung ...

Die Havas-Agentur hatte gestern eine Mitteilung ihres diplomatischen Redakteurs herausgegeben ...

Logischer und ehrlicher Weise kann man der Erklärung nicht den Sinn unterschreiben ...

Was es bedeutet, daß der „Druck eindringlicher gestaltet“ werden soll ...

Der „Deutsche“, das von Stegerwald begründete Organ der christlichen Arbeiter ...

Es beginnt sich in allen Parteien, wie es scheint, ziemlich einmütig ...

außer Frage stehen. Daß wir zu Reparationsleistungen im Rahmen unserer Kräfte bereit sind ...

Das Echo, das unser Artikel „Die Pflicht zum Entschluß“ in der Donnerstagsmorgenausgabe ...

Das neue Reparationsprogramm.

Keine Billigung Englands.

London, 13. April. (Reuter.) Von gut unterrichteter Seite wird berichtet ...

Aushebung der Deutschvölkischen.

Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums teilt amtlich mit: Die Leitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei steht auf dem Standpunkt ...

Der deutschvölkische Abgeordnete Wulle hat sich in der gestrigen Reichstags-Sitzung in der aufgeregtesten Form über dieses Vorgehen ...

Davon ganz abgesehen wird aber auch Herr Wulle befragen, daß die Republik sich vor bewaffneten Umsturzkämpfen ...

Das anhaltische Vorbild.

Deutschnationale und Grundwertsteuer.

Ende März nahm der Anhaltische Landtag mit großer Mehrheit das Grundwertsteuergesetz an ...

Die anhaltische Grundwertsteuer erfasst nur den Boden nach dem gemeinen Wert, nicht seinen Ertrag ...

Das Obereigentum wird nach einer Stala, die von 0,1 bis 1,3 vom Tausend des Wertes geht, vom Staate besteuert ...

Das klingt für die Deutschnationalen fürchterlich, obwohl dieser Betrag heute noch nicht einmal den Wert von 1000 Kilogramm Butter hat ...

Von der Grundwertsteuer befreit sind das Reich, das Land, die Gemeinden, gemeinnützige Vereinigungen ...

und die Gemeinden grundwertsteuerpflichtig gemacht worden. Das geschah insbesondere deshalb, um den beiden waldreichen Kreisen Jorbst und Ballenstedt Einnahmen für ihren Landstraßenbau zu verschaffen. Der Steuerfuß ist für sie auf ein Maximum von 1 vom Tausend festgesetzt worden. Von der Grundwertsteuer befreit ist ferner mit 1500 Quadratmeter jedes erste Grundstück, auf dem sich ein zu Wohnzwecken dienendes und bewohntes Gebäude befindet. Für jedes weitere Wohngebäude sind 200 Quadratmeter steuerfrei. Diese Steuerbefreiung erfolgte wegen der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und der aus ihr hervorgehenden Wohnungsbauabgabe. Kein Mieter braucht also anzuerkennen, daß Grundwertsteuer auf ihn abgewälzt werde.

Aus dieser kurzen Inhaltsangabe des Gesetzes geht klar hervor, daß der Staat Anhalt ausschließlich im Interesse des Volkes gehandelt hat. Wir erwarten deshalb vom Reichsfinanzminister, der seit mehreren Tagen von den Deutschnationalen mit Protesten gegen dies Gesetz beunruhigt wird, daß er sich jeden Eingriffs zugunsten der Großgrundbesitzer enthält. Statt Reichsregulativ wäre viel notwendiger, daß sich das Reich das anhaltische Steuerbeispiel zum Vorbild nimmt, um so einen ersten Schritt zur Befundung der Finanzen des Reiches zu machen.

Die kommende Besitzbelastung.

Die Sozialdemokratie hat bei ihrem Kampf gegen die Beseitigung der Getreideumlage keineswegs ihrer bisherigen Form das Wort geredet. Sie verlangte Sicherstellung der Brotversorgung und wollte verhindern, daß Brot zum Spekulationsobjekt gemacht werde. Deshalb schlug sie einen direkten Austausch von Getreide gegen Stichtoff vor. Für den Fall, daß dieser Vorschlag, der mit dem in allen Einzelheiten bereits vorliegenden Gesetzentwurf der preussischen Staatsregierung im Prinzip übereinstimmt, keine Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien findet, hatte sie folgenden Ezentualantrag eingebracht:

„Eine Verbilligung des Brotes im jeweils zwei Fünftel des Marktpreises für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Kriegsopfer, Kleinrentner, Erwerbslosen, Armengeldempfänger und der Kinderlosen zu rechnen ist, ist unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Zuschläge zur Vermögenssteuer zu bewirken. Diese Belastung des Besitzes muß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres durchgeführt sein; eine entsprechende Abänderung des Vermögenssteuergesetzes ist dem Reichstag bis zum 15. April 1923 vorzulegen. Vor dieser gesetzlichen Sicherung der Verbilligung darf die Reichsgetreidestelle nicht aufgehoben werden.“

Aber auch dieser Antrag, der verlangt, daß erst die Besitzbelastung durchgeführt ist, ehe die Umlage beseitigt wird, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Daß darin die Abneigung enthalten ist, überhaupt den Besitz für die Brotverbilligung zu belasten, zeigt sowohl der Wortlaut des Antrages der bürgerlichen Parteien als auch die Definition, die ihm, insbesondere durch den Redner der Deutschen Volkspartei, gegeben wurde. Er erklärte ausdrücklich, daß die Deutsche Volkspartei sachlich mit den Deutschnationalen vollkommen übereinstimme. Der Antrag der Deutschnationalen aber will die Mittel für die Brotverbilligung allen „leistungsfähigen Schichten“ auferlegen. Wer leistungsfähig ist, geht aus dem Beschluß des Reichslandbundes hervor, in dem es heißt: „Eine einseitige Belastung des Besitzes muß abgelehnt werden, ebenso die Einföhrung der Mittel nur durch die Landwirtschaft. Es sind auch diejenigen heranzuziehen, die infolge ihrer Einkünfte zu den Leistungsfähigen und somit zu den Besitzenden im weiteren Sinne zu zählen sind.“

Die angebliche Brotverbilligung durch Besitzbelastung wird also dieselbe Komödie wie die Zwangsanleihe. Es wurde eine Belastung des Besitzes versprochen und später wurde diese Belastung den Besitzlosen auferlegt.

die heute schon die große Last der Staatsausgaben tragen. Im Monat Februar z. B. sind von den 103 Milliarden Einkommensteuer 97 Milliarden durch den Lohnabzug aufgebracht worden, obwohl in dem Monat Februar für die Veranlagungspflichtigen der Vorauszahlungstermin liegt, an dem sie aber, wie diese Zahlen zeigen, auch nicht gezahlt haben. Der Versuch, die Abwälzung der Lasten für die etwaige Brotverbilligung auf die Masse der Bevölkerung zu legen, liegt um so näher, als für diese Zwecke bereits bei dem heutigen Preisstande für die 10 Millionen Menschen, die den Anspruch auf die Brotverbilligung haben, der ungeheure Betrag von 750 Milliarden Mark erforderlich ist.

Die Dreifäulenmacht.

Arbeiter, Angestellte, Beamte.

Die „Germania“ widmet dem Vertrag, den der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft mit den freigewerkschaftlichen Organisationen: ADGB und AFD, geschlossen hat, längere Ausführungen, in denen es heißt:

Rund 10 Millionen Mitglieder umschließt die nummehrige sozialdemokratische Einheitsfront der Arbeitnehmer, die Dreifäulenmacht der Organisationen der Arbeiter, Angestellten und öffentlichen Beamten. Die Hartnäckigkeit, mit welcher seitens der Sozialdemokratie seit Jahren nach der Erreichung dieses Zieles gestrebt wurde, läßt erkennen, wie sehr sie bemüht ist, das wirtschaftliche und öffentliche Leben, d. i. letzten Endes der Staat, ihrem Machtwillen zu unterwerfen. Die bekannten „Aktionen“ der Gewerkschaften bewegen sich bisher ja nach der gleichen Richtung. Die Sozialdemokratie und die mit ihr auf gleicher Linie marschierenden wirtschaftlichen Verbände dürfen sich jedoch nicht wundern, wenn ihr Druck Gegendruck erzeugt. Sie müssen sich davon überzeugen lassen, daß sich die Aktionen im Rahmen des höchsten Verantwortlichkeitsgefühls bewegen müssen, wenn anders die Volksgemeinschaft und die heute nicht minder wie früher notwendige Staatsautorität empfindlich leiden sollen.

Dazu können wir nur sagen: wir wünschten, die Dinge lägen so, wie die „Germania“ sie sieht. Leider gehört aber vorläufig nur ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer auch der Sozialdemokratischen Partei an. Was die „Germania“ sieht, ist für uns nur ein Wunschziel, nicht etwas schon Erreichtes. Im übrigen ist einem so gewaltigen Verband von Verbänden gegenüber die Sorge am wenigsten begründet, daß er die Volksgemeinschaft schädigen könnte. Stellt er von ihr doch einen so großen Teil dar, daß er das Ganze nicht schädigen kann, ohne sich selbst zu schädigen. Darum ist der erfolgte Zusammenschluß im Interesse nicht nur der Organisierten, sondern auch der Volksgemeinschaft selbst lebhaft zu begrüßen.

Die Rede Sikorskis.

Die Posener Rede des polnischen Ministerpräsidenten Sikorski hat, wie sie mußte, in Deutschland peinliches Aufsehen erregt. Auf der einen Seite war in Deutschland die Ueberzeugung im Wachen, daß man zur polnischen Republik, die keineswegs ein bloßer „Saisontaat“ ist, in ein möglichst gutes Nachbarverhältnis zu kommen trachten müsse, auf der anderen Seite galt bei uns gerade der gegenwärtige Ministerpräsident Polens als ein Mann, von dem — vorsichtig ausgedrückt — der Verständigungsgedanke keine so große Schädigung zu erwarten hätte, wie vielleicht von manchem anderen. Nun hat aber gerade Herr Sikorski durch seine Posener Rede dem Wasser auf die Mühle geleitet, für die der Ruf „Feind ringsum!“ der Inbegriff aller nationalen Politik ist.

Von polnischer Seite wird uns nun mitgeteilt, daß Herr Sikorski die Behauptung, Deutschland rüste zu Revanchetaten, nicht aufgestellt habe. Auch habe sich sein Tadel wegen des Richterfermens der polnischen Sprache nicht an die Deutschen im allgemeinen, sondern nur an die Mitglieder des Konfistoriums gerichtet, deren eines beim offiziellen Empfang erklärt

habe, kein Polnisch zu verstehen. Auch die Sätze über das Recht des Stärkeren und über die Stellung Danzigs sollen, so wie sie in der deutschen Presse gestanden haben, nicht ausgesprochen worden sein.

Aber auch wenn man diese Äußerungen streicht, so bleibt von der Rede doch genug übrig, um den Schluß zuzulassen, daß auch die gegenwärtige polnische Regierung nicht wünscht, Befreiungen in Deutschland zu ermitteln, die auf eine entschiedene Besserung der nachbarlichen Verhältnisse gerichtet sind. Eine solche Tatsache wäre im beiderseitigen Interesse zu bedauern, aber man muß, wenn sie gegeben ist, auch mit ihr rechnen.

Oberschlesische Putschgerüchte.

Ein Selbstschußmanöver?

Schon seit einigen Tagen ist die Rechtspresse eifrig bemüht, Putschvorbereitungen der Polen in Oberschlesien zu melden. Sowohl bei den Gemeindebehörden in Oberschlesien wie bei dem Oberpräsidenten ist von derartigen Vorbereitungen nichts bekannt. Wie verlautet, sollen diese Nachrichten systematisch nach Anweisung aus München in Oberschlesien an die deutsche Presse gegeben werden. Damit soll die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Selbstschutzes bewiesen werden. Es ist dringend notwendig, daß die Behörden diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Reiden der Minderheit.

Beuthen, 13. April. (M.B.) Die „Morgenpost“ meldet aus Rattibor: Am Mittwochabend wurde hier der Leiter der deutschen Minderheitsbewegung in Hohenbirkten, Bauer, als er von seiner Arbeitsstätte zurückkehrte, von der polnischen Orspolizei verhaftet. Man befürchtet, daß er nach Krakau verschleppt worden ist. — Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes aus Rattibor wurden in der Nacht zum Donnerstag wieder zahlreiche Schaufenster und Schilder an Häusern, die Deutschen gehören, mit Pech beschudelt. An vielen Stellen ist ein Totenkopf zu sehen, um den herum geschrieben ist: „Die Deutschen müssen raus“ und „Raus mit den Juden!“

Rattibor, 13. April. (M.B.) Zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wurde nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzers ein deutscher Student gewählt, der die polnische Sprache beherrscht. Die polnischen Stadtverordneten erklärten in der letzten Sitzung, er beherrsche die polnische Sprache nur mangelhaft und sei deshalb für das Versteheramt ungeeignet; Beschlüsse, die die Stadtverordnetenversammlung fassen, seien ungesetzlich. Darauf verließen sie die Sitzung und machten dadurch die Versammlung beschlußunfähig. In Königschütze wurde vor einigen Wochen zunächst der alte langjährige Stadtverordnetenvorsteher, ein deutscher Rechtsanwalt, wiedergewählt, legte aber nach kurzer Zeit das Amt nieder, da er die Leitung in polnischer Sprache nicht durchführen konnte. Infolge Uneinigkeit der deutschen Fraktionen wurde dann ein Pole zum Vorsteher gewählt. Oberbürgermeister Brahl ist wegen der Schwierigkeiten, die das Amtspräsidentenamt seiner Amtsführung bereitet, zurückgetreten. Es ist zu befürchten, daß in absehbarer Zeit die Mehrzahl der deutschen städtischen Beamten in ganz Polnisch-Oberschlesien ihre Ämter niederlegen. Polnische Beamte stehen in genügender Zahl nicht zur Verfügung.

Lehrerbildungsfragen.

Der 30. Ausschuss des Reichstages folgte der Anregung der sozialdemokratischen Fraktion, die Reichsregierung zu eruchen, ihren ablehnenden Standpunkt in der Lehrerbildungsfrage nachzuprüfen und dem Reichstag beschleunigt ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Es ist erfreulich, daß Sachsen und Thüringen im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Initiative ergriffen haben und bereits jetzt ihren Landesparlamenten entsprechende Vorlagen unterbreiten haben. Falls die Regierung nunmehr ihren Standpunkt revidiert, würde es erwünscht sein, daß Thüringen und Sachsen beschleunigt ihre Lehrerbildung durchführen, damit für das Reich schon in diesen Ländern eine gute Grundlage geschaffen wird.

Zeitungsverbot. Die „Frankfurter Nachrichten“ sind wegen eines Artikels „Zweierlei Maß“ gegen den Minister des Innern Severing auf Grund des Schwurgerichtes auf zwei Wochen verboten.

Der Proletarier und das Kabarett.

Das deutsche Kabarett, heute noch Domäne des zahlenden Bürgerthums, weist manche Voraussetzungen für eine proletarische Kunst- und Unterhaltungsstätte auf. Wenn an dieser Stelle überhaupt von Berliner Kabarett gesprochen werden kann, so geschieht es nicht referierend. Weder der Rhythmus noch das billige Chanson kümmern uns. Die Lustbarkeit dessen, der mit alkoholgetränktem Zug geschlechtige Reizungen sucht — und die Ruffigkeit des anderen, der das Strafgesetz gegen die Nachwelt aufruft: es sind mittelbare Folgen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, Erscheinungen einer Welt, in der wir nur zufällige Gäste sind. Nur dem Satten ist Celso de Abend ein Problem. Der Hungerige kann weder Geschmack finden an sexuellen Reizmitteln (sien es nun Bilder oder Worte) — noch kann er „Anstoß nehmen“. Der Hüftling sowohl wie der Brunner — es sind beide bürgerliche Typen.

Das gute Kabarett, in bewusster Anlehnung an die Pariser Montmartre-Kunst einige Male in deutschen Städten, wie München und Berlin, versucht, hat längere Lebensfähigkeit nicht bewiesen. In Paris lebt das literarische Kabarett von jenen, die es schaffen: von Literaten. In Berlin muß es sich darauf beschränken, dem Spieler, der es besucht, den karikierenden Spiegel vorzuhalten. Der gelangene Bürger hat es manchmal gern, sich verspotten zu lassen — zumal, wenn er in dem Gegenstand des Spottes nicht sich selbst wiedererkennt, sondern seinen Kompanon. Wehe aber, wenn er sich selbst getroffen fühlt! Wenn ein bürgerliches Gemüt verletzt ist, bringt es sogar eine Einheitsfront mit dem geschäftlichen Associe zustande.

Also muß das Berliner literarische Kabarett Kompromisse schließen: ein bisschen Spott und ein bisschen Frauenfleisch; Satire und Spitzwörter; Verhöhnung und Veröhnung. Der literarische Kabarettkünstler — meist ein bewusster Proletarier — gleicht jenem schreibenden Literaten, der den Lesern einer bürgerlichen Zeitung den geistigen Fortschritt darstellen soll. Er mildert, er muß mildern, weil jedes bedeutungsvolle und vorwärtsweisende Ereignis im Reiche des Geistigen die bürgerliche Welt, die Welt des Lesers, negiert.

Solange also das literarische Kabarett auf bürgerlichen Besuch angewiesen ist, muß es unvollkommen bleiben. Die Sängerin der beidenden Satire ist zugleich Reklamiererin der oder jener Modestroma. Hart neben dem antibürgerlichen Witzbold steht auf dem Programm das Seidenmodehaus. Das Dekollete mildert die Ironie. Während man sich über seinen Kaiser lustig macht, blinzelt der witzelnde Unterthan nach dem enthöhten Frauenbein.

Das Kabarett kann nur dann literarisch sein, wenn es proletarisch wird. Nicht wegen der hohen Geistigkeit meidet es der Arbeiter heute, sondern wegen der hohen Eintrittspreise. Schlimm ist es, daß der Proletarier sich mit dem billigen, auf Knoll- und Träneneffekte gestellten Vorstadtkabarett begnügen muß. Dort ist er in einer fremden Welt, in der die bourgeoise Lustbarkeit, der bürgerliche nationalstische „Humor“ — und das sentimentale Chanson herrschen.

Zwei Berliner Kabarets, die ich in dieser Woche besuchen konnte, bestätigen das oben Ausgeführte: die „Rote Nachtigall“ in der Elsser Straße und die „Wilde Bühne“ in der Kanstraße.

Die „Rote Nachtigall“ hätte ein proletarisches Kabarett — das erste in Deutschland — werden sollen. Das wurde es nicht. Sondern Herr Peter Sachse leitet es. Peter Sachse hat ein Kabarett- und Variete-Trupp — einen geschäftlich sehr ergebnissen Betrieb, der es dem Inhaber gestattet, seine Mitwirkenden an einem und demselben Abend abwechselnd an seinen verschiedenen Bühnen auftreten zu lassen, und so mit einem verhältnismäßig kleinen Ensemble mehrere Theater zu versorgen. Das Geschäft geht anscheinend gut. Sachse erwirbt ein Kabarett nach dem anderen. Und leider auch die billigen — die Amüsementsstellen für das Proletariat.

Die „Rote Nachtigall“ hat — Ringelzug ausgenommen — das übliche Kasseprogramm: die Vorstadtfoubrette mit schlechter Stimme und Goldplomben, einen Konfrenzier mit den üblichen Begrüßungsphrasen, ein paar Ländler. Am dem Tag, an dem ich das Kabarett besuchte, trug ein Flüchtling aus dem Ruhrgebiet, ein aus Mitleid und Patriotismus zugelasener Intellektueller, Gedichte von Dehmel und Heine vor. Und sie gefielen dem Publikum, das aus einfachen Menschen zu bestehen schien. Joachim Ringelzug, der einzigen literarisch ersten Mitarbeiter des Kabarets, konnte ich leider nicht mehr hören. Ein Beweis dafür, daß es gesund gewesen wäre, aus der „Roten Nachtigall“ eine proletarische Kleinkunstbühne zu machen.

Leider aber wird die Literatur nicht in der Elsser Straße heimisch, sondern in der westlichen Kanstraße, wo die Leute zahlen können. Natürlich schließt die Literatur hier jene notwendigen Kompromisse, von denen ich oben sprach. Trude Hesterberg bringt eine Wehringhe Satire gegen die Presse, Paul Nikolaus hat reizende kleine Hoshetten gedichtet. Allein, diese ganze antibürgerliche Tendenz geht in diesem Milieu verloren. Eine Propaganda gegen das Bourgeoisie, vor der Bourgeoisie betrieben, verliert ihre Wirkung. Der Witz verpufft und gleitet an dem Bauch des Zuhörers ab. Dieser Witz erfordert ein Publikum ohne Bauch. Dann könnte man auch die Kompromisse weglassen: eine Wehrlage auf den sterbenden Mittelstand zum Beispiel, für den der reich gewordene Klassengenosse gern eine Träne zur Verfügung stellt, um seinen Beutel zu retten.

Der Wert des Kabarets besteht in seinen Propagandamöglichkeiten. Es darf sich eher eine scharfe Tendenz erlauben, als die große Bühne. Es hängt unglücklicherweise mit den Ereignissen des Tages zusammen, mit den Geschehnissen der Politik. Es kann auf direktem Weg ergebnisreich wirken.

Deshalb ist ein Puritanismus, der das Kabarett gering schätzt, nicht am Platze. Es könnte eine Kleinkunstbühne geben, auf der der soziale Kampf ins Geistige, Witz- und Satire übergeführt wird; eine Satire, mit dem Zweck, den „Brotgeber“ und seiner Welt jener Würde zu entkleiden, die ihnen der Besitz verleiht. In diesem Theater würde sich der Proletarier heimisch fühlen. Omega.

Der Kolossalwettbewerb über die moderne Bühnenkunst. Aus Darmstadt wird geschrieben: Vor einem gewählten Publikum hielt Reichskunstwart Dr. Redlob in Darmstadt einen fesselnden Vortrag über die Beziehungen der bildenden

Kunst und Bühne. In geistvollen Thesen brachten seine Ausführungen den Beweis, daß sich in der modernen Bühnenkunst Deutschlands mit einer seltenen Klarheit das Geschehen unserer Zeit, all unsere geistigen, materiellen und kulturellen Risse widerspiegeln. Und zwar nicht nur in den Erzeugnissen der modernen Bühnenliteratur, sondern in der ganzen Art, wie wir auch klassische Stücke heute durchbringen mit dem Geist unserer Tage wie wir sie mit unserem Gefühl erfassen und aus unserem keifischen Bedürfnis heraus gestalten. Und weiter, daß diese moderne Bühnenkunst nicht nur die Rote unserer Gegenwart, unser kulturell-geistiges Bild widerspiegelt, sondern daß ihr kraftvoll gestaltender Ausdruck auch gleichzeitig Beweis dafür ist, daß wir nicht kulturellem Unbruch, sondern Aufstieg entgegengehen, daß die moderne Bühnenkunst heute schon ein kraftvoll betonter Wille zum Leben und zum kulturellen Neuschöpfen ist.

„Der Urwald von Cenlon und sein Leben“ war der Inhalt eines sehr gedankenreichen Vortrages, den Prof. Dr. Günther in der Urania hielt. Weisheitsthaft verstand er es, den Zuhörern die tropische Natur schäuen zu lehren, denn die Natur drängt sich niemandem auf. Eine jede Landschaft hat ihr Antlitz und es kommt nicht darauf an, was man sieht, sondern, wie man sieht. Einführend in das Tropengebiet, erstrebte der Redner zuerst bei den Zuhörern eine Loslösung von selbsteigenen Begriffen. Denn diese hindern daran, das Wesentliche aufzunehmen. Die Gedanken an die tropische Leppigkeit, die Farbenpracht und den Duft müssen nämlich von Grund aus ausgegeben werden. Wir haben eben die Vorstellung der Leppigkeit aus unserer Natur herausgenommen. In Cenlon ist aber alles nicht so auf die Jahreszeiten zusammengeknüpft. Bei dem herrschenden gleichmäßigen Klima können die Pflanzen das ganze Jahr an sich bauen. Die Tropenbäume haben eine holzartige Entwicklung, sie haben nicht den Blätterreichtum, der unsere Bäume schmückt. Ein allherber Wald ist der Tropenwald, der sich schlecht photographieren läßt. Die Tropenlandschaft bringt eine Ermüdung mit sich, daher ist auch die Lebensverneinung der Religionen verständlich. In Deutschland hat man 35 Baumarten, in Cenlon 1500. Der dortige Urwald ist bedeckt bis auf den Grund. Man sieht sehr individuelle Bäume, sie setzen voneinander ab und plastisch sieht man die einzelnen Knuppen. Der Urwald der Höhe wechselt mit Steppe. Im trockenen Dschungel (der Redner verwahrte sich gegen die Bezeichnung „Dschungel“) gewahrt man die Volkswirtschaft als Baumart. Die Palme spielt im Urwald von Cenlon keine Rolle, wohl aber an der Meeresküste, weil diese mit Kokospalmen besetzt ist. Orange trifft man unter den Farben häufig an. Das Grün des Vopageien ist keine Schutzfärbung, im Gegenteil, er fällt im Urwald auf. Als Höhenbräuter braucht der Vopagei auch keine Schutzfärbung. Indem Prof. Günther eindrucksvoll für den Schutz der Natur warb, brachte er, dank seiner harmonischen persönlichen Einstellung zu der Natur, manchen Zuhörer zu einem gewissen Erfassen, der, wenn auch nur im Bild, geschauten Schönheiten. e. b.

Arno Holz, der am 26. April sein 60. Lebensjahr vollendet, ist von 63 Professoren der Literatur und Kunst an deutschsprachigen Hochschulen des In- und Auslandes zur Berechnung des Nobelpreises für Literatur vorgeschlagen worden; es sind das zwei Drittel der Vorschlagsberechtigten deutscher Junge überhaupt.

Der Kappisten-Papst - Tiroler!

Junnsbruck, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ meldet, daß der Major Papst, der nach dem Kapp-Putsch aus Deutschland flüchten mußte, in Tirol als Stabsleiter der Heimwehren angestellt wurde. Da er aber unter seinem Namen in Tirol nicht aufstehen konnte, hat man ihm falsche Papiere auf den Namen Peters verschafft, und er hat unter diesem Namen auch das Heimatsrecht in einer Tiroler Gemeinde erhalten.

Hilzerianer als Notpolizei.

Vor einiger Zeit berichteten wir auf Grund einer Mitteilung des Verordnungsamtes Nr. 2 des Bundes „Oberland“, daß nach einer Erklärung des bayerischen Ministers des Innern, Dr. Schwegler, der Bund „Oberland“ anlässlich seines Anschlusses an die Notpolizei München mit der Organisation der Notpolizei im gesamten Freistaat Bayern beauftragt worden sei. Die halbamtliche bayerische „Korrespondenz Hoffmann“ veröffentlichte dazu eine Berichtigung, die besagte, eine derartige Verordnung des bayerischen Innenministeriums sei nicht ergangen, infolgedessen könnten dem Bund „Oberland“ auch nicht solche Vollmachten erteilt worden sein. Wir halten demgegenüber unsere Behauptung aufrecht, daß sich in dem erwähnten Verordnungsblatt des Bundes „Oberland“ die genannte Mitteilung befand. Eine Auseinandersetzung über den tatsächlichen Sachverhalt müßte also nicht zwischen dem bayerischen Innenministerium und uns, sondern vielmehr mit dem Bund „Oberland“ erfolgen. Im übrigen sei im Anschluß an die amtliche Berichtigung an die bayerische Regierung die Frage gestellt, was wohl in Bayern einer linksstehenden Organisation passieren würde, die sich wie der Bund „Oberland“ erlauben würde, „wahrheitswidrig“ zu behaupten, daß ihr vom bayerischen Ministerium des Innern die Uebertragung von polizeilichen Befugnissen für das Land Bayern zugesichert worden sei.

„Ruhrflüchtlinge“.

Leipzig, 13. April. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde ein aus 17 Personen bestehender, von einem ehemaligen Mitglied eines hanseatischen Freikorps geleiteter Transport angeblicher Ruhrflüchtlinge festgehalten. Als ihr Reiseziel gaben sie München und Augsburg an, wo sie angeblich als landwirtschaftliche Arbeiter Beschäftigung gefunden haben wollten. Der größte Teil dieser „Ruhrflüchtlinge“ besteht aus ehemaligen Freischärlern und war mit Revolvern und Dolchen ausgerüstet. Die Behörden glauben, daß sie von rechtsradikalen Kreisen angeworben wurden und zu irgendwelchen unsittlichen Zwecken Verwendung finden sollten.

Der verfolgte Herr Kube.

Der Berliner Stadtverordnete Wilhelm Kube ist von uns bereits einmal als der Mann festgenagelt worden, der planmäßig die Organisation von Krawallen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in die Hand nimmt, indem er die Tribüne mit seinen „zuverlässigen Leuten“ besetzt. Er ist Leiter der Berliner deutschnationalen „Bismarck-Jugend“. Als solcher teilt er in der Reichspresse den Wortlaut eines ihm zugegangenen Schreibens mit, nach dem ihm nahegelegt wird, die Führung im Bismarck-Bund niederzulegen, andernfalls er die Macht der proletarischen Jugend zu spüren bekommen werde. Diese Blödsinn, der nach seiner eigenen Angabe vorgegedruckt ist, dient als „Beleg für die Kampfesart der Kommunistischen Partei“.

Man könnte selbst von Herrn Kube, der nicht die geringste Veranlassung hat, sich über die Kampfesart anderer Leute zu beschweren, annehmen, daß er ein Schreiber, das nach seiner eigenen Angabe den Aufdruck „KPD, Abteilung Jugendsekretariat“ trägt, nicht der Kommunistischen Partei in die Schuhe schiebt. Die Kommunisten mögen gewiß politische Kinder sein, aber so dumm, um solchen Unsinn loszulassen, sind sie denn doch selbst in Berlin nicht.

Diese nur für ganz dumme Leser bestimmten Schauerent-

Niederlegung der Warschauer russischen Kathedrale. Der großartige Prunkbau der russischen Kathedrale in Warschau ist dem polnischen Nationalgefühl ein peinliches Anbild, denn dieses Bauwerk erinnert an die verfallene russische Herrschaft. Wie im „Manchester Guardian“ berichtet wird, hat die polnische Regierung nunmehr beschlossen, dieses Gebäude niederzulassen, als „Sinnbild des Verfalls der russischen Gewalt“. Die ersten Schritte zur Zerstörung der Kathedrale sollen mit besonderer Eile am 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag, unternommen werden.

Ein Natursehnsucht. Uns wird geschrieben: Nun ist der Film mit seiner großen, propagandistischen Macht auch in den Dienst des Natursehnsuches gestellt. Der Siedlungsverband Ruhrtalbezirk in Essen hat bei seinem Bemühen, die heimatischen Grünflächen zu schützen, den Film als Helfer herangezogen. Der Bildstreifen soll sich lehrend an die große Deffektivität wenden und für die Notwendigkeit des Schutzes der heimatischen Wälder, Wälder und Gärten eintreten. An Beispielen und ihren Konsequenzen wird gezeigt, wie gerade im rheinisch-westfälischen Industriegebiet das immer mehr verschwindende Grün der Natur gewahrt werden muß. Gartenanlagen, in denen Kinder die freundliche Kunst der Gartenpflege erlernen, städtische Anlagen und frische Wälder werden gezeigt — dazu das traurige Gegenstück, wie im Industriegebiet, namentlich infolge der Industrialisierung, die herrlichsten Wälder verkommen. Ausschnitte aus dem herrlichen Wald, im Hochsommer aufgenommen, eröffnen geradezu beklemmende Einblicke in die Verwüstung der Natur: Ede und dürr regen die Baumstämme in die Luft. Auch mutwillige Zerstörung von Waldbeständen, wie sie durch Schädigung der Äste durch Kinder oder durch achtloses Fortwerfen von glimmenden Zigaretten- und Zigarettenresten verursacht wird, zeigt der Film, der, machend und belehrend, die Liebe zur Heimat stärken hilft.

Die Jahresbilanz der indischen Großwildjagd. Nach dem amtlichen Ausweis über die Jagdergebnisse des Jahres 1921 wurden in Indien über 6000 Leoparden, 3000 Bären, 2000 Bisons und rund 3000 Tiger, im ganzen rund 25 000 wilde Tiere abgeschossen. Die Bestellungen, die die Regierung den Jägern zahlte, gehen in die Tausende von Pfund Sterling. Außerdem wurden 60 000 Schlangen zur Strecke gebracht, für die gleichfalls große Beträge als Prämien gezahlt wurden. Aber diese Jagd, bei der nach Ausweis der von der Regierung ausgestellt und aus bezweifelten Gründen scharf kontrollierten Jagdpläne 300 000 Gewehre beteiligt waren, hat auch ihre Opfer gefordert. Mehr als 19 000 Menschen erlagen in dem genannten Jahre dem Biß von Schlangen. Die Jiffer ist um einige Hundert geringer als die des vorigen Jahres; dafür ist sie aber bei den Opfern der anderen wilden Tiere um zehn höher als im Jahre 1920 und beträgt insgesamt 3569 Personen. Die Rehrzahl fiel der Wut der Tiger zum Opfer, die 1500 Jäger zerstückten. Bisons und Leoparden forderten je 800 Opfer, während je 70 von Bären und Elefanten und zehn von Hyänen getötet wurden.

Menckelshohn „Glas“ bringt Kapellmeister Arnold Edel am 13. April in der Mattheuskirche mit dem Schloßkapellmeister, der Schöneberger Posaunen- und dem Goldbläserensemble Dirigent zur Aufführung.

Die Krise in der Armeen. Die Armeen, die in ihrer letzten Generalversammlung die Fortsetzung beschlossen hat, mußte eine neue Generalversammlung, die dritte innerhalb eines Monats einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidenten und eine Satzungsänderung. Bisher war Rag Beschlein Präsident.

hüllungen sollen offenbar Herrn Kube interessieren machen, indem sie ihn mit der Gloriole des verfolgten „Kämpfers für Freiheit und Recht“ unkleiden und im übrigen die Spieler mit den Kommunisten grauslich machen. Der Kommunismus ist offensichtlich die einzige politische Richtung der reaktionären Herrschaften.

Die Eisenbahnerausweisungen.

Frankfurt a. M., 13. April. In Höchst am Main haben heute früh 95 Eisenbahnenbedienstete den Ausweisungsbefehl erhalten. Ihre Familien müssen innerhalb vier Tagen folgen. In Hochheim (Main) erhielten sämtliche Eisenbahnenbedienstete den Ausweisungsbefehl, desgleichen 80 Eisenbahnenbedienstete, vornehmlich Lokomotivpersonal, in Wiesbaden. Ihre Familien müssen bis Dienstag folgen.

Aus dem Ruhrgebiet, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) In Gladbeck ist die Jache „Graf Rottke“ von den Franzosen besetzt worden. In Dortmund wurden am Freitag unter Aufwendung eines großen Truppenaufgebots ein Kreissekretär, der Verleger der „Trombonia“, Lenjing jr., und die Redaktionsmitglieder „Reinhold Engo und Maler“, sowie der Kassier des Amtsgerichts von den Franzosen verhaftet. In den Polizeibezirken 7, 8 und 13 schabden die Franzosen vorgeblich nach einigen Polizeibeamten, die falsche Pässe ausgestellt haben sollten.

Französische Darstellung.

Paris, 13. April. (Eig.) Die Rheinlandkommission hat die Ausweisung von weiteren 433 deutschen Beamten, meist Eisenbahnern, angeordnet. Von den Eisenbahnerausweisungen in Euren der Trier am 7. und 9. April, gibt die französische Militärbehörde folgende Darstellung: Seit dem 1. April mußten die Eisenbahner, daß sie die Arbeit wieder aufzunehmen hatten, und ihnen war am 6. April der Befehl mitgeteilt worden, daß sie für den Fall ihrer Verlagerung aus ihren Wohnungen entfernt würden. Am 7. wurde die Ausweisung verwirklicht, weil diese Wohnungen der Eisenbahnverwaltung gehören, die nunmehr französisch-belgischer Regie unterstellt ist. Bei den Ausweisungen ist es zu keinen Gewalttätigkeiten gekommen. Die Soldaten machten von der Waffe keinen Gebrauch. (1) Lediglich hatten einzelne Eisenbahner mit der Räumung ihrer Wohnungen beim Eintreffen der Soldaten bereits begonnen. Das Mobilar wurde auf Wagen und Autos, die vom Stadtrat von Trier und von privater Seite zur Verfügung gestellt wurden, fortgeschafft. Aus Wohnungen, die der Eisenbahndirektion nicht gehören, wurden keine Eisenbahner ausgewiesen, ebenfalls nicht in Kronheitsfällen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Die meisten Ausgewiesenen, so schreibt der amtliche Bericht, hätten übrigens in Privat- und Caféhäusern (1) in Trier Unterkunft gefunden.

Der Prozeß Labourel.

Wissenschaftlich unbefugte Grenzüberschreitung.

Elbing, 13. April. (M.B.) Der Strafprozeß gegen den französischen Journalisten George Labourel aus Paris fand heute vor der Elbinger Strafkammer statt. Labourel, der sich vom 7. März bis zum 2. April in Unterjuchungshaft befunden hatte und dann gegen eine Kaution auf freien Fuß gesetzt worden war, war zur Stelle. Er ist angeklagt, die deutsche

Reichsgrenze unbefugt überschritten und ohne Paß zu verlassen versucht zu haben. Da etwa 400 000 Mark bares Geld in deutschen und französischen Werten bei ihm vorgefunden wurden, und er nicht mehr als 200 000 M. über die Grenze nehmen durfte, lautet die Anklage ferner auf Vergehen gegen das Kapitalfluchtgesetz. Labourel ist 23 Jahre alt. Mit verkränkten Armen beantwortet er mit Hilfe des Dolmetschers die Fragen des Vorsitzenden nach einer Ansprache, in der er betont, daß er in dem Richter den Richter respektiere, ganz gleich, ob er in Frankreich, Deutschland oder China sich befinde.

Am 11. Januar, dem Tage der Ruhrbesetzung, wurde Labourel von dem Direktor des „Antirassisteamt“ beauftragt, sofort nach Deutschland zu reisen.

um die Wirkungen der Ruhrmaßnahmen zu studieren.

Während er sonst sein Passivum stets innerhalb einiger Minuten auf dem deutschen Konsulat in Paris bekommen habe, sei er dieses Mal abgewiesen worden, weil zuvor in Berlin angefragt werden sollte. So sei er nach Bln gefahren, wo er sein Passivum in Ordnung bringen wollte. Dort sei er ebenfalls abgewiesen worden, weniger freundlich als in Paris. Dann habe er sich nach München und Berlin gewandt, wo er ebenfalls Monate geblieben sei. Nach nochmaligem Aufenthalt in München ging er nach Hamburg und wollte von dort über Danzig nach Moskau fahren, kam aber irrtümlich bis nach Marienburg und wollte dort den nächsten Zug nach Danzig benutzen. Sein Schnellzug war der sogenannte Korridorzug, aus dem man in Dirschau nicht aussteigen darf. Die Passkontrolle in Marienburg bemerkte ihn und forderte seinen Paß. Da er kein Paß führte, wurde er am 7. März verhaftet und nach Elbing gebracht.

Oberstaatsanwalt Trint: Der Angeklagte bestreitet gar nicht, die Reichsgrenze ohne Paß überschritten und die Grenze wieder ohne Paß zu verlassen versucht zu haben. Da er sich über die gesetzlichen Bestimmungen absichtlich hinweggesetzt hat, so müßte ich eigentlich die höchste zulässige Strafe, ein Jahr Gefängnis, beantragen. Ich will jedoch annehmen, daß der Angeklagte

aus eichenwertem Holz

nach Deutschland gekommen ist, um einen Auftrag zu erfüllen. Ich beantrage also für die unerlaubte Ein- und versuchte unerlaubte Ausreise 100 000 Mark Geldstrafe. Wegen des Verstoßes gegen das Kapitalfluchtgesetz halte ich eine Strafe von 100 000 Mark für angebracht, denn der Angeklagte war mit deutschen Verhältnissen gut vertraut; er hatte in Innsbruck bereits ähnliches erlebt, und er mußte wissen, daß das

Kapitalfluchtgesetz gerade auf Betreibern der Entente erlassen ist.

Verteidiger R.-M. Dr. Löschle-Berlin bemühte sich, das Bahnergehen müde erscheinen zu lassen und dem Angeklagten Unkenntnis des Kapitalfluchtgesetzes zu unterlegen.

Das Urteil lautete dahin, daß der Angeklagte Labourel von der Anklage eines Vergehens gegen das Kapitalfluchtgesetz freizusprechen und wegen unbefugten Grenzübertritts zu der höchst zulässigen Geldstrafe von 100 000 M. zu verurteilen ist. Der Gerichtshof sieht die ehrenhaften Motive gelten. Er erblickt aber darin einen besonders schweren Fall, daß die Einreise erfolgte, trotzdem sie Labourel ausdrücklich nicht gestattet war, Labourel also in vollem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit handelte. 10 000 M. der Strafe werden auf die Unterjuchungshaft anzurechnen, und im übrigen tritt im Nichtbeitreibungsfalle für je 150 M. ein Tag Gefängnis ein.

Eine Note der deutschen Regierung protestiert gegen die Beschlagnahme deutscher Reichsbankgelder, wie gegen die Einbehaltung und Unbrauchbarmachung von Druckplatten für die Herstellung deutschen Papiergeldes.

21-Stunden-Sitzung im Unterhaus. Das Unterhaus, das am Donnerstag nachmittags 3 Uhr zusammentrat, tagte ununterbrochen bis Freitag nachmittags. Man beschäftigte sich mit den Krediten für die Armee und Marine. Das Haus vertagte sich nach einer ununterbrochenen Sitzung von 21 Stunden.

Die Hochschulreform.

Debatten im Hauptausschuß des Landtages.

Die Universitäten bildeten am Donnerstag und Freitag den Gegenstand der Beratungen des Hauptausschusses des Landtages. Im Vordergrund der Debatte stand die Hochschulreform und die studentische Not, für die der Minister sehr kennzeichnende Zahlen nannte. 80 Proz. der Studierenden müßten sich einen großen Teil ihres Unterhaltes als Werkstudenten verdienen. Der Redner des Zentrums fordert, daß das Ministerium nicht nur den Vertretern des falschen Rasseprinzips in den Studienorganisationen zurückweiche. Am Interesse des national-kulturellen Gedankens hätte das Hochschulstudium in Verordnungswege erlassen werden müssen. Der Minister bestritt jede einseitige Stellungnahme im studentischen Organisationsstreit. Er würde jedes „Mare anti-semitische Prinzip“ in der Organisation der Studentenschaft zurückweisen. Soll das vielleicht heißen, daß ein mehr verschleierte seinen Anstoß erregen würde?

Genosse Waentig besprach Fragen der Hochschullehrerberufung und forderte anknüpfend an den Fall Heldmann in Halle eine Änderung des Disziplinarrechts der Fakultäten und Schaffung eines geordneten Rechtsweges. So wichtig das Selbstverwaltungsrecht der Universitäten in Lehre und Forschung ist, die Berufung sollte durch die Unterrichtsverwaltung vorgenommen werden. Wie notwendig eine Veränderung in dieser Beziehung ist, geht aus den Klagen über das Streben nach judenreinen Lehrkörpern an den Universitäten hervor, über die besonders auch der Abgeordnete Preuß sprach.

Genosse Wenzl und Genosse Heilmann forderten mehr in der Bekämpfung der Reaktion an den Hochschulen. Genosse Heilmann legte den Fall des üblen Verleumders des Reichspräsidenten Ebert dem Herrn Professor Jung in Marburg dem des Professors Freitag-Boringhove zur Seite, der trotz Vermahnung durch die Regierung das Beschimpfen der Republik ständig fortsetzt. Die Regierung erklärt aber, nichts weiter tun zu können. Sie kann auch angeblich nichts tun gegen den rücksichtslosen Bogkott der philosophischen Fakultät in Halle gegen den Professor Heldmann, der zufällig nicht reaktionär eingestellt ist und weiter nichts verbrochen hat, als Kriegsgegner zu sein. Ein mögliches Bild von Hilfs- und Kraftlosigkeit Heilmann fordert mehr Energie. Der Staatssekretär Becker erklärte, der Vermut der Reaktion an den Hochschulen dürfe nicht verallgemeinert werden (!).

Genosse Dr. Cohn warnt, die Frage der Ausländer an den Universitäten vom Standpunkt der Gebührenfrage aus zu betrachten. Die ausländischen Studenten sind wertvolles Kapital für die deutsche Kultur, die gefördert und nicht gehetzt werden dürfen. Wo ausländische Eltern Steuerzahler in Deutschland sind, sollten die Kinder Deutschen gleichgestellt werden.

Im Laufe der Debatte erklärte der Abgeordnete Dr. Käbler im Namen der Deutschnationalen sich mit diesen Forderungen einverstanden und wünscht nur, daß die gleiche Behandlung auch den Auslandsdeutschen zuteil werde.

Die neue Städteordnung.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigt sich zurzeit mit den wichtigsten Fragen des neuen Gemeindeverfassungsrechts. Wahlberechtigt soll jede deutsche männliche und weibliche Person über 20 Jahre sein, sofern sie sechs Monate an ihrem Wohnort anässig ist. Für die Wahlbarkeit ist ein Alter von 25 Jahren notwendig. Der Versuch der sozialdemokratischen Fraktion, die Bestimmung über die sechsmonatige Anässigkeitsfrist am 1. April aufzuheben, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Regierungsvorlage erkennt die Magistrats- und die Bürgermeisterei-Verfassung als berechtigt an. Die sozialdemokratische Fraktion forderte im Ausschuß das Einkörperschaftssystem. Die Stadtverordnetenversammlung müsse die allein beschlußberechtigte Körperschaft sein. Bürgermeister und Beigeordnete hätten als kollegiale Körperschaft das verwaltende und ausführende Organ der Gemeinde zu bilden. Ein entsprechender Antrag wurde mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien und der Kommunisten abgelehnt. Den Bemühungen der Sozialdemokraten ist es jedoch gelungen, die prinzipielle Anerkennung des Volksstimmrechts und des Volksentscheids herbeizuführen. Der § 18 erhält folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft äußert ihren Willen nach den Vorschriften dieses Gesetzes unmittelbar oder mittelbar. Die unmittelbare Äußerung erfolgt durch die Bürgerschaft vorbestimmter Wahlen, durch Bürgerstimmbezirke und Bürgerstimmbezirke, die mittelbare Äußerung durch die verfassungsmäßig gestellten Organe. Bürgerstimmbezirke und Bürgerstimmbezirke finden nur in den in diesem Gesetz vorgesehenen Fällen statt. Bürgerstimmbezirke sind nur rechtswirksam, wenn sie von einem Fünftel der für die letzte Gemeindevahl Stimmberechtigten gestellt werden. Bürgerstimmbezirke sind nur rechtswirksam, wenn die Mehrzahl dieser Stimmberechtigten daran teilgenommen hat. Die Abstimmung kann bei Bürgerstimmbezirken und Bürgerstimmbezirken nur bejahend oder verneinend sein, das Nähere regelt das Gesetz. Verfassungsmäßig bestellte Organe sind die Gemeindevereinigungen, Stadtverordnetenversammlungen und der Gemeindevorstand. Gemeindevorstand ist entweder der Magistrat (Magistratsverfassung) oder der Bürgermeister (Bürgermeistereiverfassung).“

Differenzen bei den russischen Kommunisten.

Moskau, 12. April. (D.G.) Trotz des unmittelbar bevorstehenden Zusammentritts des 12. Kongresses der Russischen Kommunistischen Partei ist es, nach zuverlässigen Informationen des Ost-Express, noch nicht gelungen, die in der Partei herrschenden Meinungsverschiedenheiten, die sich seit dem Ausscheiden Lenins deutlich bemerkbar machen, in allen Punkten zu beseitigen. Ein Teil der Parteimitglieder, mit Namenew an der Spitze, äußert namentlich Unzufriedenheit aus Anlaß der Zepiaf- und Lichon-Prozesse, weil die Parole „Kampf gegen die Religion“ die weit wichtigeren, von Lenin aufgeworfenen aktuellen Fragen über den Ausbau des Staatsapparates und die Bekämpfung des Bureautrismus zurückdrängen geignet sei. Diese Gruppe meint, der Kampf gegen die Religion sei für den gegenwärtigen Zeitpunkt keine geeignete Parole und wegen ihrer Unpopulärkeit nicht ungefährlich. Es gilt in möglichen kommunistischen Kreisen für bedenklich, wenn es nicht gelingen sollte, die Meinungsverschiedenheiten, infolge der Abwesenheit Lenins, nicht noch vor dem Parteikonferenz zum Ausgleich zu bringen. Ob die Vertagung des Lichon-Prozesses auf die von der Namenew-Gruppe vertretene Strömung zurückzuführen ist, läßt sich zurzeit noch nicht mit Sicherheit sagen.

Luxemburg und der Versailler Vertrag.

Die Botschaftskonferenz hat unter Berufung auf Artikel 41 des Versailler Vertrages bei der deutschen Regierung mit einer an den Deutschen Gesandten in Paris gerichteten Note vom 4. April den Antrag gestellt, das Großherzogtum Luxemburg in den Mitgenuß der in den Artikeln 264 bis 267, 274 bis 279, 321 bis 324, 245 bis 371 und 376 bis 378 des Vertrages für die Entente-mächte ausbedungenen Rechte auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Verkehrsrechts zu setzen. Der Antrag unterliegt zurzeit bei den zuständigen Behörden einer Prüfung.

Die hier genannten Artikel des Versailler Vertrages beziehen sich auf wirtschaftliche Bestimmungen über Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren, ferner auf die Bestimmungen über unautonomen Wettbewerb, auf die Benutzung der Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, endlich auf die Bestimmungen über internationale Beförderung auf den Bahnen und die Absetzung von Eisenbahnlinien. Laut Artikel 41 des Versailler Vertrages können die alliierten und assoziierten Mächte alle Vorteile und Rechte auf dem Gebiete des Verkehrsrechts und der Luftschiffahrt auch dem Großherzogtum Luxemburg zugewandt.

Gewerkschaftsbewegung

Neuregelung der örtlichen Sonderzuschläge.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der örtlichen Sonderzuschläge für die Beamten haben gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium begonnen. Die Regierung gab ein allgemeines Erpolo über die Art, in welcher sie die Maßnahmen nunmehr durchführen will. Zunächst soll im besetzten Gebiet, im neuen Einbruchgebiet und in den angrenzenden Gebieten allgemein eine Erhöhung der örtlichen Sonderzuschläge vorgenommen werden. Gleichzeitig soll in gewissem Umfang eine Korrektur der bisherigen Einteilung der Orte des besetzten Gebietes erfolgen. Für das nicht-besetzte Gebiet Deutschlands beabsichtigt die Regierung hauptsächlich die Grenzgebiete zu regeln, also die dänische Grenze, die holländische Grenze, die Saarregion, die französische und schweizerische Grenze, ferner die tschechoslowakische Grenze. Was sonst im Binnenlande des nichtbesetzten Gebietes geschehen soll, beschränkt sich auf einige wenige Großstädte und deren Vororte. Die Erhöhung der Zulage soll in den westlichen Gebieten in der Hauptsache einen Ausgleich gegenüber den Arbeiterlöhnen bringen, während im nichtbesetzten Teil des Reiches die Regierung nur die allgemeinen Teuerungsvverhältnisse berücksichtigen will und dort nicht die Zulagen auf die Arbeiterlöhne abstellen will.

Die Organisationen haben diese allgemeinen Umrisse von der Regierung entgegengenommen und haben verlangt, daß ihnen ein schriftlich ausgearbeiteter Entwurf darüber vorgelegt soll. Nach längerer Beratungen über die Frage, ob heute schon in die Spezialberatung eingetreten werden soll oder erst die Vorlage eines solchen Entwurfes seitens der Regierung abgewartet werden soll, hat dann schließlich das Reichsfinanzministerium in Aussicht gestellt, Anfang nächster Woche den Organisationen einen solchen Entwurf zuzustellen, worauf die Verhandlungen auf Donnerstag nächster Woche vorläufig beendet werden sind.

Ein Jahresbericht.

Der Zentralverband der Schuhmacher 1922.

Der „Schuhmacher“, das Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, veröffentlicht in seiner letzten Nummer den Organisationsbericht für das Jahr 1922. Es geht daraus hervor, daß der Zentralverband der Schuhmacher im abgelaufenen Jahre seine Mitgliederzahl um 10.635 erhöht hat. Von 104.750 im vierten Quartal 1921 liegt die Mitgliederzahl auf 115.445. Bemerkenswert ist es, daß im selben Zeitraum auch die Zahl der weiblichen Mitglieder nicht unerheblich zugenommen hat, und zwar von 45.380 auf 50.683. Es ist allerdings im vierten Quartal 1922 ein kleiner Rückgang der Mitgliederzahl von 116.656 auf 115.445 eingetreten. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Ende Januar waren 3829 Mitglieder des Verbandes arbeitslos, Ende Februar 4405. Die Zahl der Kurzarbeiter, die erheblich höher ist, wird dort nicht angegeben.

Die rapide Geldentwertung.

Die besonders um die Mitte des vorigen Jahres einsetzte, führte zu einer fortgeschrittenen Bewegung, um die Löhne der Teuerung anzupassen. Es muß hier herangezogen werden, daß der Zentralverband der Schuhmacher zu den wenigen Organisationen gehört, wo die Löhne, allerdings nur die der Fabrikarbeiter, zentral geregelt werden. Diese Art der Lohnregelung mag einige kleine Unannehmlichkeiten und Nachteile für einzelne Orte, wenigstens zu gewissen Zeiten, nach sich ziehen. Diese Unannehmlichkeiten werden jedoch zersplittert aufgewogen durch die Ersparnis an Kraft und Zeit, die durch diese Vereinfachung herbeigeführt wird. Die örtlichen Organisationen sind besonders in einer Zeit rapider Geldentwertung bei zentralen Lohnregelungen nicht gesungen, sich

in fortgesetzten Lohnverhandlungen zu erschöpfen.

Was für die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften zutrifft, stimmt allerdings auch für die Unternehmerorganisationen.

Im Laufe des Jahres 1922 wurden die Tarislöhne nicht weniger als dreizehnmal erhöht. Die Tarisdauer betrug also durchschnittlich nur vier Wochen. Die Spitzenlöhne für Männer erhöht sich von 528 M. pro Woche im Januar auf 14.100 M. im Dezember, die der Frauen von 421 M. auf 10.576 M. Die Spitzenlöhne der Männer wurden also um das 27fache, die der Frauen nur um das 25fache erhöht. Es ist freilich nicht richtig, von einer „Erhöhung“ zu sprechen; denn nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes sind die Ernährungskosten von Januar bis Dezember 1922 um das 25fache gestiegen. Es hat also nicht nur keine Lohnerrhöhung, auch keine Anpassung an die Teuerung stattgefunden, sondern es sind

die Löhne gegenüber den Preisen immer mehr in Rückstand

gekommen. Diese bekannte Tatsache, die man jetzt bei der mit unzulänglichen Mitteln verfolgten Realstabilisierung in den Kreisen der Unternehmer und der Regierung offensichtlich übersieht, haben wir nur deshalb hervor, weil der Rückgang der Reallohne der in den Schuhfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dank ihrer guten Organisation geringer ist als in verschiedenen anderen Berufen.

Dieser Rückgang der Reallohne macht sich besonders unangenehm bemerkbar, sobald man die Finanzen des Zentralverbandes der Schuhmacher an der Hand der Geldentwertung näher untersucht. Die Jahresrechnungen belaufen sich auf 148.875.263 M., während die Ausgaben 76.159.645 M. betragen. Das Vermögen des Verbandes stieg also von 11.500.568 M. im vierten Quartal 1921 auf 78.943.676 M. am Jahresabschluss. Während die Geldentwertung an der Hand der eben angegebenen Ziffer das 33fache betrug, die Löhne um das 25fache bzw. 27fache stiegen, liegt das Vermögen des Verbandes nur um das 7fache. Aus dieser Tatsache, die leider eine allgemeine Erscheinung in unserer Gewerkschaftsbewegung ist, ergibt sich, daß

die Unterstützungszüge unzulänglich sind

und bei weitem nicht mehr ausreichen, um die Unterstützungsbefürtigten über Wasser zu halten. Wenn es sich auch bei Arbeitslosigkeit und Krankheit nur mehr um Zuschüsse der Organisationen handelt, so verhält es sich doch ganz anders mit der Streik- und Krankheitsunterstützung. Dasselbe gilt auch für Rechtschutz, Reiseunterstützung und Umzugsunterstützung. In noch höherem Maße aber tritt diese Unzulänglichkeit bei den not-

wendigen Ausgaben für die Bildung der Mitglieder, für die Aufklärungsarbeit bei Werbung neuer Mitglieder und vor allem angesichts der Aufgaben hervor, die heute den gewerkschaftlichen Organisationen obliegen. Wir denken dabei insbesondere an das Einbringen in die Wirtschaft, in die Geheimnisse der Kalkulation und an die Ausnutzung der Rechte und Möglichkeiten, die das Betriebsratsgesetz den Arbeitern gibt. Es ist zweifellos anzuerkennen, daß unsere gesamte Gewerkschaftspresse sich bemüht, das Feld ihrer Aufklärungsarbeit zu erweitern. Aber diese Bemühungen stehen

in keinem Verhältnis zu den großen Aufgaben,

die jetzt zu bewältigen sind. Das ist natürlich nicht die Schuld der Gewerkschaftspresse. Die Ursache dieser Unzulänglichkeit ist einzig zu suchen in der Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel, die den Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Vielleicht wird manchmal nach dieser Richtung mehr gepörrt, als unbedingt notwendig wäre. Man kann aber durchaus begreifen, daß unseren Gewerkschaften in erster Linie am Herzen liegt, die Organisationen in finanzieller Beziehung kampffähig zu erhalten. Nichtsdestoweniger klafft hier ein bedauerliches Manko, das sich bereits bitter zu rächen beginnt. Und deshalb ist es notwendig, daß den Mitgliedern immer wieder eingeschlämmt wird, wie niedrig und unzulänglich ihre Beiträge sind, und daß die Voraussetzungen für hohe Löhne immer war und heute mehr als je ist: hohe Gewerkschaftsbeiträge. Aber es liegt leider so, daß die Löhne den Streifen und die Beiträge den Löhnen nachhinken. Nur wenn die Beiträge mit der Geldentwertung gleichen Schritt halten, werden es auch die Löhne tun.

Betriebswirtschaft und Privatwirtschaft.

Die Einsicht in die Betriebsbilanz, die Entgegennahme von Betriebsführungsberichten, die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat zwingt die Arbeiter- und Angestelltenvereine, insbesondere die Betriebsräte, dem Betrieb als solchen, seinen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, ihr Interesse zuzuwenden. Grundliche Schulung, ernsthafte Arbeit des einzelnen ist notwendig, um dem sachlich wohlgerüsteten Unternehmertum gegenüber die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten zu können.

Der neue Lehrplan der Freigewerkschaftlichen Betriebsräteschule enthält deshalb folgende betriebs- und privatwirtschaftlichen Kurse, die sämtlich in der Woche vom 22. April beginnen: „Die arbeitspolitische Stellung der Betriebsratsmitglieder in der modernen Privatindustrie“, „Die wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte aus §§ 66-72 B. G. B. und die zu deren Erfüllung notwendigen Mittel“, „Buchhaltung und Bilanz“, „Arbeit und Arbeiter im Großbetrieb“, „Rentabilität und Produktivität in der kapitalistischen Unternehmung“.

Hörerkarten zu 500 M. (für Kurzarbeiter zu 250 M., für Arbeitslose unentgeltlich) und Unterrichtsverzeichnis werden in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften und im Bureau der Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof I, ausgegeben. Dort finden auch Montags und Freitags von 4-7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt.

Betriebsräte, Vertrauensleute! Werbt in Euren Betrieben für den Besuch Eurer Schule!

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

„Kommunistische Musterknaben“.

Unter dieser Aufschrift brachten wir in Nr. 155 des „Vorwärts“ vom 4. April eine Zuschrift aus Posen, die sich im zweiten Absatz gegen den früheren Kassierer der Warenverlosung des K. D. B. richtete. Der Angegriffene Gotthard Bickert bestritt in einer Verächtigung die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Angriffe. Es sei unwarhaft, daß durch ihn bei der Warenverlosung ein Defizit von 3000 M. entstand. Der Ortsauswärtige des K. D. B. habe ihn auf Antrag eines Revisors einstimmig entlassen. Erst später sei ein Konto von etwa 12.000 M. festgestellt worden, weil Warenpakete, die er an die Zentrale nach Berlin zurückgeschickt habe, nicht verbucht worden seien. Dieses Konto habe sich schließlich auf 3000 M. ermäßigt, über dessen Herkunft ihm kein Aufschluß gegeben werden konnte. Unwarhaft sei auch, daß er eine Sammelliste unterschlagen habe. Er habe die Weihnachtsgeldunterstützung an die vom Ortsauswärtigen bestimmten Personen ausgezahlt und die Liste, auf der etwa 120 M. gezeichnet waren, seinem Nachfolger samt den Akten des Ortsauswärtigen übergeben. Aus dem Metallarbeiterverband sei er lediglich deshalb ausgetreten, weil dessen Ortsvorsitzender den Posten eines Magistratsdieners bekleidete und dabei auch Polizeidienste verrichtet habe. In der Arbeiterunion sei er noch niemals Kassierer gewesen. — Mitin wäre B. kein kommunistischer „Musterknabe“, obgleich die Mantelgeschichte durch diese Verächtigung nicht geklärt ist.

Bei dieser Gelegenheit sei für alle Fälle bemerkt, daß wir von Organisationsvertretern als selbstverständlich voraussetzen, daß ihre Angaben durchaus zuverlässig sind, auch dann, wenn sie politische Gegner, insbesondere aus Arbeiterkreisen, betreffen. Es dürfen nur erweisbare Tatsachen berichtet werden und nicht etwa Vermutungen oder Bortwürfe, die auf Hörensagen begründet sind.

Der Remeler Streik beendet.

Remel, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeit ist am Freitag vormittag überall wieder aufgenommen worden. Am Donnerstag wurden die Gewerkschaften bei dem litauischen Oberkommissar erneut wegen der Anerkennung ihrer Forderungen vorstellig. Es wurde ihnen erklärt, zunächst solle die Arbeit wieder aufgenommen werden, dann sollen die Bedingungen der Gewerkschaften innerhalb drei Tagen Anerkennung finden. Eine Obmannkonferenz beschloß deshalb am Donnerstag abend einstimmig, den Streik zu beenden.

Die Zeitungsverleger von Remel haben gegen die von uns bereits gekennzeichnete Verordnung vom 7. April Einspruch erhoben und ihre Aufhebung verlangt, ohne daß vom Oberkommissar eine entsprechende Zusicherung gegeben wurde. Dagegen wurde eine Widerlegung insofern zugelassen, daß Ausländer als Redakteure mit Genehmigung der Aufsichtsbewilligungskommission beschäftigt werden können, jedoch nicht verantwortlich zeichnen dürfen. Die Zensur ist inzwischen aufgehoben worden; der Belagerungszustand besteht fort.

Französische Lohnkämpfe.

Als eine Folge der Ruhrbefreiung ist in Frankreich eine Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten und zwar betrug diese Steigerung von Ende Dezember 1922 bis Ende Februar 1923 rund 30 Proz. Seitdem hat die Teuerung weitere Fortschritte gemacht. Als eine Folge dieser Teuerung machen die Arbeiter überall Forderungen auf Erhöhung der Löhne bzw. Anpassung an die Teuerung geltend. Der große Bergarbeiterstreik ist durch ein Nachgeben der Unternehmer beendet worden. Auch in anderen Berufen gestanden die Unternehmer entsprechende Lohnzulagen zu. Dagegen ist es in vielen Lohngebieten zu erheblichen Arbeitskämpfen gekommen.

So streifen gegenwärtig in Paris die Bekleidungsarbeiter. Auch unter den Pariser Angestellten im Kleinhandel ist es zu einem größeren Teilstreik gekommen. In Lille, wo es gelungen ist, die Löhne der Metallarbeiter ohne Streik um 25 Centimes pro Stunde zu erhöhen, und zwar infolge des Druckes, den der alte Metallarbeiterverband ausübte, versuchte die kommunistische Organisation einen Streik zu provozieren. Doch nur ein kleiner Teil der Arbeiter folgte der Parole. Dagegen ist ein großer Streik der Textilarbeiter in Lille gegenwärtig im Gange. In sämtlichen Weberreien ist die Arbeit niedergelegt worden. Andere Streiks finden in verschiedenen Lohngebieten und Berufen statt, so in Marseille, in der Textilindustrie, in der großen Glasindustrie Zentralfrankreichs und in der Eisenindustrie des Somme-Departements.

Faschismus und italienische Gewerkschaftsbewegung.

Die nicht-faschistischen Gewerkschaftsorganisationen genießen keinerlei Aktionsfreiheit, namentlich in den kleinen Provinzzentren und auf dem Lande. Die faschistischen Vereinbarungen tragen sich mit der Absicht, nicht allein die Arbeiterorganisationen, sondern sämtliche Organisationen überhaupt zu monopolisieren. Ihrem Programm gemäß sollen alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zu einer einheitlichen Organisation unter faschistischem Banner vereinigt, und gegen alle anderen soll mit unerbittlicher Strenge vorgegangen werden.

Die d'Annunzio zugeschriebene Idee der Zusammenfassung aller Gewerkschaftsorganisationen, der faschistischen wie der freigewerkschaftlichen, ist in Italien wie außerhalb viel besprochen worden. Der Gewerkschaftsbund hat diese Idee keineswegs feindselig aufgenommen, sondern folgende Motive als Grundlage für einen Verständigungsplan zur Diskussion gestellt:

1. Unbedingte Unabhängigkeit der Gewerkschaften von allen Parteien und Regierungen.
2. Anschließung an die internationalen Berufssekretariate und somit an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Die Faschisten haben diese Grundzüge für eine Einheitsaktion abgelehnt und neuerdings ihre Auffassung bedrückt, monach internationalen Organismen angehörende Gewerkschaften ihrer Meinung nach gegen die Nation und somit gegen das eigene Land gerichtet sind. Der italienische Gewerkschaftsbund macht derzeit zweifellos eine ungemein ernste Krise durch. Wenn auch die lokalen Gewerkschaftsorganisationen augenblicklich ruiniert und zerstückelt und die meisten Kämpfer verbannt oder gezwungen sind, sich von der Bewegung fernzuhalten, der Gewerkschaftsbund selbst zu obdachlos ist, um die Arbeiterschaft zu schützen und zu leiten, so ist die italienische Gewerkschaftszentrale in allem Ungemach gleichwohl der Leuchtturm, dem die Masse der italienischen Arbeiter zugekehrt sind. Der italienische Gewerkschaftsbund hat einen großen Teil seiner Streitkräfte eingebüßt. Die Reaktion im Verein mit der wirtschaftlichen Krise hat bewirkt, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1921 von 2.500.000 auf 1.200.000 und in dem verflochtenen Jahre auf eine Million zurückgegangen ist.

Welche Richtung wird der Faschismus nunmehr einschlagen? Es ist nicht zu verkennen, daß gewisse Anzeichen auf eine bevorstehende Zerlegung dieser widerspruchsvollen und so verschiedenartig zusammengesetzten Bewegung deuten. Schon die Tatsache, daß Unternehmer und Arbeiter in einem und demselben Verband beisammen sind, macht einen Konflikt unvermeidlich. Der Faschismus wird vor die Notwendigkeit gestellt werden, sich für die Interessen der Arbeiter einzusetzen, wie dies schon heute in vielen Gebieten geschehen ist. Der Block, der nach außen hin wie ein Granit erscheint, zeigt bereits Sprünge und Risse, die sich mit der Zeit vergrößern werden.

Wird die schärfere reaktionäre Tendenz siegen und im Programm der gegenwärtigen Regierung erweiterten Raum einnehmen? Das ist in Anbetracht des starken Einflusses, den sie ausübt, nicht ausgeschlossen.

In diesem Falle aber würde sich die andere Gruppierung im Faschismus, die wirklich geglaubt hat, eine Revolution gemacht zu haben, indem sie die alte regierende Klasse beseitigt und an ihre Stelle die neue aus dem Kriege hervorgegangene Generation gesetzt hat, von dem Block ablösen und sich in der Richtung des Freiheitsideals und der Demokratie orientieren, die der einzige Schutz der zivilisierten Völker und die unerlässliche Bedingung für ihre Entwicklung sind.

Bewerkschaft, Fachgruppe Steier, Montag, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Wählung unserer Lohnforderung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Sportklub Berlin, Gruppe Rosenthal, Kienitz Gesamtsportklub. Am Montag, den 16. April findet in der Kaiser-Friedrich-Straße 4 (Schule) eine Zusammenkunft aller Sportklub Rosenthal, Kienitz und Giesebens statt. Alle sportlichen Mitglieder seien hiermit besonders eingeladen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Hermann Glöck, G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Dienstag 1. Blatt.

Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe fertig und nach Maß :: Billige Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

SUNLIGHT
SEIFE
hält die Wäsche frisch und unverseht und macht sie blendend rein

Sonntägliche Wanderziele.

Der Schmöwitzer Werder.

Vom Görlitzer Bahnhof oder von der Stadtbahn (in Riederschneweide umsteigen) fahren wir bis Eichwalde. Vom Bahnhof bringt uns die Bahnhofstraße durch die 1893 auf dem Gelände des früheren Borwerks Nadeland entstandene Siedlung Eichwalde nach Schmöwitz. Das alte Fischerdorf, das bereits 1375 erwähnt wird, liegt auf einer weit in die Dahmeseen vorspringenden Halbinsel. Die westlich des Orts sich hinziehenden Niederungen waren ursprünglich sicher ebenfalls ein Arm des Flusses, so daß die Erhöhung, auf der Schmöwitz sich erhebt, zu jener Zeit vollständig von Wasser umgeben war. Wir wandern durch das Dorf, das seinen alten Charakter nahezu völlig eingebüßt und sich in einen heidlichen Ausflugsort umgewandelt hat, und kommen zu der über die Dahme führenden Brücke. Sobald wir sie überschritten haben, sind wir auf dem Schmöwitzer Werder. Als Halbinsel von dreieckiger Gestalt erstreckt er sich nach Süden. Das Westufer des Werders wird von dem Zeuthener See bespült. Auf alten Karten aus dem Anfang des vergangenen Jahrhunderts wird dieser See Ziehdensee genannt, und das Dorf am nördlichen Ufer des Sees hieß damals nicht Zeuthen, sondern Ziehdensee. 1843 waren aber bereits die heutigen Bezeichnungen eingeführt. Am Zeuthener See wandern wir nach Süden bis Rauchauswerder, dem früheren Rauchaus- oder Rauchauswerder. Hier, an der südlichen Spitze des Schmöwitzer Werders, vereinigt sich der Zeuthener See mit dem von Nordost kommenden Großen Jug. Wir wandern nun zuerst an diesem See, dann nach dem Großen See, dem früheren Kroschensee, zu der von Schmöwitz kommenden Chaussee, der wir bis zum Waldende folgen. Hier wenden wir uns nach links zum Ober-Spreekanal. Er verbindet die Spree mit der Oder und bildet eine wichtige Wasserstraße für den Verkehr von Schlesien nach dem Westen. Wir bleiben nun zunächst am Kanal, überschreiten ihn dann und gelangen alsbald zu den Gosener Bergen, die von der Schillerwarte gekrönt sind. Die Gosener Berge sind ebenso wie die Müggelberge die Ueberreste eines Endmoränenzuges, dessen übrige Teile von den Wassern des Urstromtales, in dem sie liegen, fortgewaschen wurden. Am Nordhang der Gosener Berge liegt das 1753 gegründete Dorf Gosen. Die ursprünglichen Doppelhäuser sind noch vielfach erhalten. Von den Gosener Bergen wandern wir wieder über den Kanal zurück. Ein schöner Fußpfad am Ufer des Sehdinsees, der die Nordwestseite des Schmöwitzer Werders bespült, bringt uns zur Schmöwitzer Brücke zurück. Hier überschreiten wir wieder die Dahme und wandern durch Schmöwitz zum Bahnhof Eichwalde, dem Ausgangspunkt unserer Wanderung. (Weglänge 24 Kilometer.)

Altlandsberg—Werneuchen.

Zwei freundliche Landstädtchen sind das Ziel. Von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn oder vom Briezener Bahnhof (am Schlesischen Bahnhof) fahren wir mit den Vorortzügen der Ostbahn bis Reuenhagen. Vom Bahnhof geht es südlich auf der Chaussee nach Bollensdorf. Kurz hinter der Bahn überschreiten wir das Reuenhagener Fließ. Wir durchwandern Bollensdorf und gehen vom Ostende des Orts gen Nordost. Der Weg führt teils durch Wald, teils an Aedern vorbei; linker Hand liegt die vom Reuenhagener Fließ durchzogene Niederung. Das Gelände ist von leichten Bodenwellen überzogen, wodurch das Landschaftsbild große Abwechslung bietet. Nach Ueberschreiten der Bahn kommen wir an Willenberg vorbei nach Altlandsberg. Von Osten führt das Strausberger Tor in die Stadt; der Torturm ist von einem Storchneß gekrönt. Nach Süden zieht sich ein Rest der alten Stadtmauer aus Feldsteinen zum Berliner Tor; an ihrer Außenseite führt eine von Bäumen eingefasste Promenade hin. In der Reiseschreibung Johann Bernoullis durch Brandenburg vom Jahre 1777 ist über das Städtchen zu lesen: Altlandsberg ist ein artiges Städtchen, das angenehm in einer schönen und fruchtbareren Ebene liegt; es sind auch angenehme und zum Teil mit Bäumen beplante Spaziergänge, sowohl vor der Stadt als in dem großen Garten des königlichen Amtes; insonderheit aber geht vom Berliner nach dem rechten Hand zunächst folgenden Tore ein sogenannter Voelkenleitz, der für einen nachdenkenden Spaziergänger ungemein viel Reize hat.

Wir verlassen Altlandsberg auf der Chaussee nach Werneuchen. Bald nachdem wir das Fließ überschritten haben, teilt sich der Weg. Wir gehen geradeaus weiter, zwischen zwei Mühlen hindurch. Nach 40 Minuten, etwas vor dem Walde, führt nach rechts ein Feldrain zum Krummen See hinab, der in einer Geländefalte versteckt

liegt. Wir wandern links um den See herum; der nach rechts führende, von jungen Kastanien eingefasste Weg endet bald an einem Drahtzaun. Wir bleiben nun immer am Ufer des reich gemundenen schmalen Sees, der von Laubgebüsch eingefasst ist. Schließlich führt der Pfad an einem Fließ weiter zum Süden des Dorfes Krummen See. Auf der Fließbrücke überschreiten wir die Chaussee und wandern jenseits zuerst neben der Niederung, in der der Haussee liegt, und dann rechts ab, zuletzt durch ein Waldchen an eine andere Niederung, die vom Bangen Eisen- oder Stienfließ durchstossen wird. Wir folgen dem Rand der Niederung nach Norden. Der Weg zeigt schöne Landschaftsbilder. Nach einiger Zeit sehen wir links eine einsame Kiefer aufragen, die wie ein Wahrzeichen weithin das Land beherrscht. Sie steht auf der Grenzscheide der Kreise Niederbarnim im Süden und Oberbarnim im Norden. Bald kommen wir an eine Brücke. Hier können wir entweder nach links zur Straße nach Werneuchen gehen oder wir überschreiten die Brücke und wandern durch das Waldchen am Schützenhaus vorbei zur Stadt. Bis in das vergangene Jahrhundert hinein behag Werneuchen einen Rest aus dem Mittelalter, aus der Zeit der Femgerichte, die „W r ö h“. Auf einem von Linden beschatteten Platz zwischen dem Pfarrhaus und der Kirchhofmauer verammelten sich die Alderbürger zu bestimmten Zeiten im Sommer, um eine Bröth abzuhalten. Diese Gerichtsbarkeit beschränkte sich in der letzten Zeit nur noch darauf, den Schaden festzustellen, den das Vieh des einen Besitzers den Feldern des anderen zugefügt hatte. Werneuchen ist der Ort, an dem der märkische Dichter Schmidt, ge-

nannt Schmidt von Berneuchen, von 1706 bis zu seinem Tode 1838 als Prediger wirkte. Auf dem stillen Friedhof neben der Kirche liegt er begraben. Die natürliche Sprache seiner Gedichte fand bei den Berliner und Märkern Beifall. Großer Volkstümlichkeit erfreuten sich zum Beispiel die Zeilen:

Die Tafel ist gedeckt,
Wo nun der Schüssel Duft die Lebensgeister weckt;
Schweinebraten, ach, nach dir, nach euch, gebadene Pflaumen,
Sehnt sich die Braut schon längst! ihr glänzen beide Daumen...

Goethe richtete Spottverse gegen den Dichter, was ihm dieser aber nicht weiter übelnahm. Der Bahnhof liegt nördlich der Stadt; von hier bringt uns die Bahn zum Briezener Bahnhof zurück. (Weglänge 23 Kilometer.)

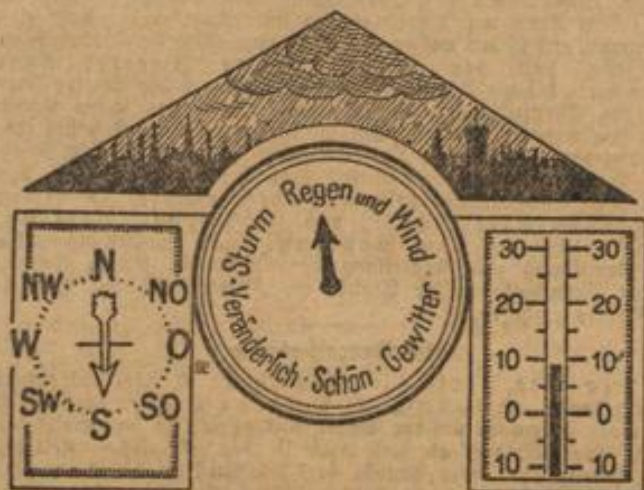
Schaumpun.

Es ist eine schöne Sache um die reine deutsche Sprache, denn je weniger sie von Fremdwörtern durchsetzt ist, desto eher wird das Volk die Rede verstehen und es ist keineswegs ein Zeichen von besonderer Bildung, wenn Wort oder Schrift mit recht vielen Fremdwörtern durchsetzt sind, vornehmlich mit solchen, die sich sehr wohl durch ein gutes deutsches Wort ersetzen lassen. Wertwürdig genug ist es nun aber, daß gerade die deutsche Industrie, deren Beherrscher im allgemeinen sich in Betonung ihres deutschnationalen oder völkischen Standpunktes gar nicht genug tun können, uns mit einer Unmenge von Warenbezeichnungen überschwemmt hat, die, zum Beispiel auf dem Gebiet des Arznei- und Nahrungsmittelmessens, fast immer auf griechischen Ursprung zurückgehen, während eine große Reihe anderer Namen auf englischen oder gar französischen Ursprung weisen. Wenn dann einmal, wie am 1. August 1914 oder bei der Ruhrbesetzung, eine Welle nationaler Erregung durch das Volk geht, dann sehen sich dieselben Herrschaften veranlaßt, schleunigst eine Verdeutschung ihrer an sich unverständlichen Bezeichnungen vorzunehmen. So kennt die Frauenwelt das Wort Schaumpun, das, englisch ist und ein Kratzen, Reiben des Körpers, besonders nach dem Bade, bedeutet. Lächerlich aber muß es wirken, wenn man jetzt auf den Tüten, die das Pulver enthalten, statt des offenbar plötzlich verpöht gewordenen englischen Wortes das Wort Schaumpun entdeckt. Schaumpun hatte immer noch einen Sinn, wenn er auch nicht klar zutage lag. Schaumpun ist Unfimt. Bei Beginn des Krieges ging es ebenso mit einem deutschen Erfindungsprodukt, das aber die englische Bezeichnung Sunlight trug, englisch Sonnenlicht gesprochen wurde und auf deutsch Sonnenlicht hieß. Warum eine gute Seife nicht deutsch Sonnenlicht heißen kann, das ist eigentlich nicht zu verstehen. Bei Ausbruch des Krieges aber wurde aus der Sunlight-Seife eine Sunlichtseife, also ein Wort halb englisch, halb deutsch, und in dieser Weise wieder lächerlich. So könnte man in endloser Weise fortfahren. In Wirklichkeit ist das Ganze ein schändliches Reklameverfälschen der Industrien, die ängstlich darauf bedacht sind, für ihre Erzeugnisse eine möglichst hochtrabende, möglichst schwer zu lesende und auszusprechende und gar nicht zu verstehende Bezeichnung zu erfinden. Wenn dann aber ein „nationaler Sturm“ die „nationale Welle“ hochschäumen läßt, dann besinnen sich diese Herrschaften auf ihr Deutschtum, aber immer nur soweit, als es ihrem Geldbeutel nicht wehe tut, und nur so lange, bis der „nationale Sturm“ verdrauft ist und die „nationalen Wellen“ sich verlaufen haben. Was sie dann an den Strand geworfen haben und zurücklassen ist — Schaumpun.

Die häufige Caputher Fährbrücke.

In Nr. 161 des „Vorwärts“ berichteten wir über einen Spaziergang nach Caputh. Aus Beferkreisen teilte man uns mit, daß es richtig wäre, hierzu eine kleine, aber notwendige Ergänzung zu liefern. Es handelt sich um die Fährbrücke in Caputh. Diese Brücke ist im Laufe der Zeit so häufig geworden, daß deren Betreten mit Lebensgefahr verbunden ist. Schleunige Abhilfe ist hier am Platze, um so mehr, als in wenigen Tagen wieder der Wafferverkehr zur Baumbütte einsetzten dürfte. Es ist dringend zu wünschen, daß sich die Behörde einmal mit dem Zustand dieser Fährbrücke beschäftigt.

Wie wird das Sonntagswetter?



Zu Beginn dieser Woche fanden, während der nördliche Teil eines in Italien gelegenen Tiefdruckgebietes mitten durch Deutschland zog, hier bei sehr kühlen nordwestlichen Winden zahlreiche Regenfälle, in verschiedenen Gegenden auch leichte Schneefälle statt. Zwischen Montag und Dienstag erschien auf dem Biskaischen Meer ein größeres atlantisches Tiefdruckgebiet, das sich langsam weiter nach Norden und Osten entwickelte. In Deutschland drehten sich demgemäß die Winde nach Südost und führten eine sehr starke Erwärmung herbei. In den Mittagstunden wurden seit Mittwoch an vielen Orten 20 Grad C überschritten. Dabei war der Himmel zwar größtenteils bewölkt, meßbare Niederschläge kamen jedoch bis Donnerstag nur im oberen Rheingebiet vor. Erst in der Nacht zum Freitag traten in ganz West- und Mitteldeutschland ergiebige Regenfälle ein, die sich im Laufe des Tages etwas weiter nordwärts fortplanten. Jetzt scheint sich an der Südostseite des ausgedehnten Tiefdruckgebietes ein neues Teiltief zu entwickeln, das wahrscheinlich ebenfalls nordwestwärts vordringen wird. Bei mäßigen, zwischen Südost und Südwest schwankenden Winden haben wir daher für Sonnabend und Sonntag überwiegend trockenes, etwas kühleres Wetter mit wiederholten leichten Regenfällen zu erwarten. Dazwischen dürfte sich jedoch der Himmel bisweilen aufklären und die Temperatur für die Jahreszeit wieder ziemlich hoch emporsteigen.

(Nachdruck verboten. Der Kall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

85] Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumpert.
„Zwei haben sie neulich auf einen Monat eingesteckt, weil sie so sprachen, wie wir eben,“ flüsterte der Junge.
„Aber Junge, ich habe nicht die Kraft, so etwas jetzt zu versuchen.“
„Aber bestimmt, Kamerad. Du und ich, wir haben mehr Kraft, als alle anderen zusammen. Gott, wenn die Menschen nur wirklich Kraft hätten, könnte man sie nicht so behandeln. . . Ich muß hier raus!“
„Aber Junge, nach den Vereinigten Staaten kannst du dann nicht mehr zurück.“
„Ist mir ganz egal.“
„Gehen wir zu Bett.“
„Gut, wir schlafen von jetzt an zusammen, Kamerad.“
Andrews fühlte, wie der Junge seinen Arm fest an sich presste. Auf seinem dunklen Lager lag Andrews eine lange Zeit wach, hörte auf das Schnarchen und das schwere Atmen um ihn her. Gedanken flatterten ruhelos in seinem Kopfe, aber in der blaffen Hoffnungslosigkeit, die ihn ganz gepackt hielt, konnte er sich nur die Rippen zerbeißen und den Kopf von einer Seite auf die andere legen und mit verzweifelter Aufmerksamkeit auf das schwere Atmen der Männer hören, die über ihm und um ihn schliefen.

Als er einschlief, träumte er, daß er allein mit Genevieve Rod sei, und daß er verzweifelt versuche, irgendeine Melodie für sie zu spielen, eine Melodie, die er immer wieder vergaß, und in der verzweifelt Anstrengung, sie wieder zu finden, strömten ihm die Tränen die Backen hinunter. Dann hatte er die Arme um Genevieves Schultern, und er küßte sie, küßte sie, bis er merkte, daß er ein hölzernes Brett küßte, ein hölzernes Brett, auf dem ein Gesicht mit breiter Stirn und großen, hellgrauen Augen und kleinen, festen Lippen gemalt war, und während der ganzen Zeit rief ihm ein Junge, der zuerst Christfeld und dann sein Schlafgenosse zu sein schien, zu, er solle laufen, laufen, damit ihn die Militärpolizei nicht fasse. Dann sah er fröstelnd vor eisigem Schreie mit einer Flasche in der Hand, während eine schreckliche Stimme hinter ihm sehr laut sang:

„Wenn du lachst, dann bist du glücklich,
Wenn du lachst, dann trauest du.“

Das Signahorn weckte ihn, und er setzte sich mit einem solchen Ruck auf, daß er mit dem Kopfe schwer gegen das über ihm liegende Bett schlug. Doch er hatte keine Zeit, sich mit seinem Schmerz zu beschäftigen, denn er mußte sich beeilen, um rechtzeitig angekleidet zum Appell zu kommen. Fast erlöst stellte er fest, daß die Soldaten draußen immer noch, mit den Füßen stampfend, vor der Küche warteten und mit ihren Geschirren klapperten, während sie in dem kühlen Dämmerlicht des Frühlingmorgens zitternd standen. Andrews wartete hinter Hoggensbad.

„D, wir arbeiten alle in demselben Kahn,“ sagte Andrew lachend.

„Wünschste, daß wir sinken,“ murmelte der andere. „Weißt du,“ fuhr er nach einer Pause fort, „hätte nie gedacht, daß ein gebildeter Mann wie du in so 'ne Geschichte reinkommen könnte. Habe auch 'n bißchen Bildung geschnappt, aber wahrscheinlich nicht genug.“

„Glaube nicht, daß das viel ausmacht. Man leidet genau so, wenn man nur lesen oder schreiben kann, oder wenn man eine Universität besucht hat.“

„Weiß nicht, Kamerad. Wer im Leben hin und her geworfen worden ist, der kann sich mit vielem abfinden. . . Hätte wahrscheinlich eine ganz anständige Anstellung bekommen, wenn ich nicht so verdammt ungeduldig gewesen wäre. . . Ein Holzschläger von Beruf un' mein Olla hat vor einiger Zeit 'nen ordentlichen Fischzug mit Kriegslieferungen gemacht. Der hätte mich bei den Technikern unterbringen können, wenn ich mich nicht gemeidet hätte.“

„Warum tust du es?“
„Hatte keine Ruhe. Wollte die Welt sehen. Um den Krieg habe ich mich nie viel gekümmert; wollte wissen, wie's hier drüben ausschaut.“

„Nun, leht hast du ja gesehen,“ sagte lächelnd Andrews.
„Im Raden,“ stieß Hoggensbad hervor und holte sich seine Tasse Kaffee.

Auf dem Lastwagen, der sie zur Arbeit führte, sahen Andrews und der Junge Seite an Seite und versuchten, trotz des ratternden Geräusches sich zu unterhalten.
„Liebst du Paris?“ fragte der Junge.

„Nicht vom Lastwagen aus,“ antwortete Andrews.

„Sag mal, einer sagte, du könntest richtig französisch sprechen. Du solltest es mich lehren.“

„Aber du kannst ja schon was.“
„Schlafzimmerfranzösisch,“ sagte der Junge lachend.

„Genügt doch nicht, immer und wieder: wüch-duh cuschsch avec moa, zu sagen.“

„Wir gehen nach Bassy-Wharf, um Steine auszuladen,“ sagte jemand murrend.

„Kein, Zement. Zement für das Stadion, das wir der Großen französischen Nation schenken werden. Hast du es nicht in den „Stars and Stripes“ gelesen?“

„Ich möchte dieser Nation und noch einigen Leuten, die uns näher sind, 'nen Tritt in 'n Arsch schenken.“

„So, wir sollen heute also den ganzen Tag schwitzen,“ murmelte Hoggensbad, „um diesen gottverdammten Franzmännern ein Stadion zu schenken.“

„Wenn's das nicht wäre, wär's was anderes.“

„Aber haben wir denn nicht Angehörige zu Hause, für die wir arbeiten können?“ schrie Hoggensbad. „Warum bringt unsere Arbeit und unser Schweiß nicht auch uns was ein? Ein Stadion bauen! Mein Gott!“

„Raus! . . . Schnell! . . .“ schnarrte eine Stimme vom Führersth.

Durch den Dunst des stidigen weißen Staubes hindurch erhaschte Andrews dann und wann einen Blick auf den graugrünen Fluß mit seinen Lastkähnen, die von kleinen Barfassen den Fluß hinaufgezogen wurden. Die Zementfäcke waren sehr schwer, und die ungewohnte Arbeit schmerzte ihn entsetzlich. Der beißende Staub stach ihn unter die Fingernägel, in die Augen und in den Mund. Den ganzen Morgen ging ihm eine Art Refrain durch den Kopf: „Menschen haben ihr Leben verbraucht . . . und nur dies getan. Menschen haben ihr Leben verbraucht . . . und nur dies getan.“ — Wenn er die enge Planke, die vom Kahn zum Ufer führte, überschritt, sah er in das schwarze Wasser hinaus, das unter ihm durchstieß. Er wußte nicht, warum, aber ein Teil seiner selbst dachte immer wieder, wie wunderbar es sein müsse, hier zu ertrinken, im ewigen schwarzen Schweigen den hoffnungslosen Kampf zu vergessen. Einmal sah er den Jungen vor dem Sergeanten stehen in der Haltung vollkommener Erschöpfung, und er sah, wie der Junge den Sergeanten aus seinen blauen Augen stehensich anstarrte wie ein Kind, das bittet, ihm die Prügel zu erlassen. Der Anblick machte ihn wieder froher und er sprach zu sich selbst: „Hätte ich roßige Wangen und geschwungene Lippen wie ein Cupido, könnte ich mich vielleicht davon ernähren“, und er stellte sich den Jungen vor als alten feisten cherubimartigen Mann, aus einer Vimouline steigend, wie es die Leute im Film tun, die ihre milden blauen Augen funkelnd lassen. Aber bald vergaß er alles wieder in der verzweifelt Anstrengung, die schweren Zementfäcke zu tragen.

(Fortsetzung folgt.)

Im Kampf gegen den Wucher.

Seit Beginn dieses Jahres erstatten die Polizeiverwaltungen Preußens dem Landespolizeiamt allmonatlich eine statistische Uebersicht über die von ihnen bearbeiteten und an die Staatsanwaltschaft weitergeleiteten Wucherfälle, sowie über die Anzahl der von ihnen auf Grund der Verordnung über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1913 ausgesprochenen Handelsunterfügungen. Bisher liegen die Angaben von Januar und Februar vor. Die Märzmeldungen sind noch nicht ganz abgeschlossen.

Für den Monat Januar lagen von 433 Polizeiverwaltungen Meldungen vor. In 109 Polizeiverwaltungen waren Wucherfälle nicht zu verzeichnen. Von 324 Polizeiverwaltungen wurden 6738 Fälle an die Staatsanwaltschaft abgegeben und 130 Handelsunterfügungen ausgesprochen. Im Monat Februar lagen von 495 Polizeiverwaltungen Meldungen vor. 405 Polizeiverwaltungen haben der Staatsanwaltschaft 9804 Anzeigen erstattet und 219 Handelsunterfügungen ausgesprochen. Insgesamt sind also 16 537 Wucherfälle innerhalb der beiden ersten Monate d. J. zur Anzeige gekommen und 349 Handelsunterfügungen ausgesprochen worden. Bei Vergleichung der Ergebnisse der beiden Monate ergibt sich die Tatsache, daß die Polizeiverwaltungen eine immer energischer Tätigkeit entfalten haben und daß sie von dem Recht der Handelsunterfügung als wirksame Maßnahme gegen Wucher einen immer häufigeren Gebrauch machen. Da die erforderliche schnelle Justiz nicht immer möglich erscheint, ist tatsächlich die sofortige polizeiliche Handelsunterfügung mit das wirksamste Wucherabwehrmittel. Es steht zu hoffen, daß die scharfe Beaufsichtigung des Handels durch die Polizei alle ungeeigneten Elemente im Handel nach und nach beseitigen wird.

Die Praxis der neuen Wucher-Standgerichte.

Die zur beschleunigten Beurteilung von Vergehen gegen die Wucherbestimmungen eingerichteten Standgerichte haben bereits gestern ihre Arbeit aufgenommen. Das für den Borsighofen Markt zuständige ständige Wuchergericht tagte in dem jetzigen 3. Kowler. Es kamen drei Fälle zur Aburteilung. In der Zentralmarkthalle wurden sechs Fälle erledigt. Das dortige Standgericht tagte im Amtsratsgebäude in der Neuen Friedrichstraße. Von den Beamten der Wucherpolsizei wurden hauptsächlich Verstöße gegen die Preisschilderverordnung zur Anzeige gebracht, die mit Strafen bis zu 10000 M. belegt wurden. In Pantow wurden 7 Fälle erledigt. In zwei Fällen handelte es sich um ausländische Stoffhändler, die Strafen von 100 bzw. 150 000 M. zahlen mußten. Der eine von ihnen erhob Einspruch und wurde, nachdem er eine Kaution gestellt hatte, die die verlangte Strafe übertraf, entlassen. In den übrigen Fällen wurden die Strafen sofort bezahlt. Der Markt auf dem Zentralviehhof wird morgen in der gleichen Weise überwacht werden. Es ist zu wünschen, daß die neue Praxis schneller Bestrafung abschreckend auf unsäuerliche Elemente wirkt. Uebrigens erinnert diese Praxis des schnellen Aburteilens auf frischer, handfester Tat an eine langjährige Gewohnheit der englischen sogenannten Polizeigerichte, die sich außerordentlich bewährt hat.

Wilde Kohlenhändler.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß wilde Kohlenhändler unter erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise marktfreie Bräute und Steinkohlen zum Verkauf anbieten. In allen Fällen, die dem Kohlenamt bisher zur Kenntnis gelangten, konnte einwandfrei festgestellt werden, daß die Käufer von diesen wilden Händlern im Gewicht außerordentlich stark betrogen wurden und teilweise kaum die Hälfte der bezahlten Kohlenmengen erhalten haben. Das Kohlenamt hat nicht nur gegen die Händler Strafanzeige erstattet, sondern auch gegen die Abnehmer wegen Verstoßes gegen die Kohlenverordnung vom 30. März 1921. In dieser Woche sind mehrere wilde Händler ermittelt worden, die an manchen Tagen an diesem Handel Millionen verdient haben. Es wird daher öffentlich gewarnt, solche Kohlenkäufe abzuschließen, da die Käufer, abgesehen von der gerichtlichen Bestrafung, auch noch Gefahr laufen, daß diese unrecht gekauften Kohlenmengen beschlagnahmt werden.

Die teure Milch.

Der Milchpreis ist in den letzten vier Wochen wieder recht wesentlich heraufgesetzt worden. Einmal sind die Erzeugerpreise unter dem Druck der geringen Belieferung durch die Produzenten in die Höhe gehet worden, dann aber sind auch die übrigen Spesen in beträchtlicher Weise gesteigert worden. Die Landwirte erhalten gegenwärtig 667 M., die Pächterdienstspanne beträgt 32 M., die Einfuhrprämie 3 M., und die Höchstfahrspanne 17 M. Nach Verarbeitung der Milch in den Berliner Meiereien wird sie zum Preise von 839 M. an die Händler weitergegeben. Für die Reinigung und Kühlung der Milch in den Berliner Meiereibetrieben zahlt das Milchamt 40 bis 60 M. Somit verbleibt dem Milchamt ein Ueberschuß von rund 60 M. pro Liter. Bei einer Einfuhr von täglich etwa 300 000 Litern Milch ergibt sich hier ein Betrag von täglich 10 Millionen Mark oder monatlich 300 Millionen Mark.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese selbst heute in der Zeit einer starken Selbstwertung nicht unerheblichen Beträge reiflos für Verwertungszwecke verbraucht werden. Vielleicht wäre es angebracht, diese Millionen zur Verbilligung der Milch für Kinderbewahnanstalten, für Sozialrentner usw. zu verwenden. Es läge durchaus im Interesse des Milchamtes, wenn es erklären würde, wie es diese Ueberschüsse zu verwenden gedenkt.

Der Prozeß Rägler.

Angelagter und Zeuge beschuldigen sich gegenseitig.

Gertrud Rägler wurde in anscheinend leblossem Zustande von den Beamten aus dem Saal geführt. Der Angeklagte Ernst Rägler erklärte zunächst, ohne seine Schwester nicht verhandeln zu können. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Roggen, empfahl ihm aber, ein wahrheitsgetreues Geständnis abzugeben. Es liege doch auch in seinem Interesse, endlich zu wissen, woran er sei. Der Angeklagte schieders darn, wie er zu der Tat gekommen sei.

Sein Inneres sei von der Sehnsucht beherrscht gewesen, Schauspieler zu werden. Sein Vater habe hierfür jede Unterstützung verweigert. Auch ein Mädchen, in das er verliebt war und das ein Verhältnis mit einem älteren Herrn hatte, habe ihm einen Abgesandten geschrieben, so daß auch die von ihr erwartete Unterstützung ausblieb. Dadurch sei er vollständig in Verwirrung geraten. Im Café Großemwahn am Kurfürstendamm, in dem er verkehrte, habe er den Kaufmann Wolfner kennengelernt, der einen wertvollen Brillantenring in Verwahrung besaß und ihn verkaufen wollte. Da sei ihm der Gedanke gekommen, den Ring zu erlangen, aber an Gewalt habe er nicht gedacht. Sein Vetter Bod habe dann den ganzen Plan ausgeheckt. Nach einer längeren Pause wird dann der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte frühere Drogist Wilhelm Bod vorgeführt. Nach seiner Behauptung wieder ist der Angeklagte Ernst Rägler der alleinige Urheber des ganzen Planes. Er, der Zeuge, habe in gerühmten Verhältnissen gelebt, sein gutes Auskommen gehabt, sei verlobt gewesen und habe sich einen eigenen Hausstand gründen wollen. Auch habe er Wolfner gar nicht gekannt. Er habe die Tat nur aus reiner Liebe zu seinem Vetter verübt, um diesem dazu zu verhelfen, daß er Schauspieler werden könnte. Der Zeuge gibt dann die bereits bekannte Darstellung der Vorgänge wieder. Trotz zahlreicher Vorhaltungen von Rechtsanwält Dr. Alberg bleibt der Zeuge bei seiner Behauptung, daß Ernst Rägler der Urheber gewesen und der Plan vorher in allen Einzelheiten verabredet

worden sei. Er habe allerdings nicht gedacht, daß Wolfner durch den Knobel ersticken würde. — Die weitere Beweisaufnahme ergab dann die bereits bekannten Tatsachen. — Am heutigen Sonnabend wird die Verhandlung zu Ende geführt werden.

Das teure Inlandfleisch.

Hochwertiges Gefrierfleisch als Ersatz.

Die Preise auf dem Berliner Viehmarkt haben am letzten Sonnabend außerordentlich stark angezogen. Besonders Schweinefleisch, das in den letzten Wochen so begehrt war, weil es erheblich billiger war als Rindfleisch, ist stark in die Höhe gegangen. Der Grund dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß der Auftrieb von Schweinen in einer geradezu unerklärlichen Weise nachgelassen hat. Normalerweise werden sonst 8000 bis 12 000 Vorstücker nach Berlin gebracht, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei der starken Nachfrage für Schweinefleisch, wären etwa 20 000 Tiere notwendig, um den Bedarf zu decken. Tatsächlich sind aber nur 3000 Schweine insgelampt angeboten worden. Die Schlächterorganisationen weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß das Publikum an dem starken Anziehen der Preise zum Teil mitschuldig ist, da die in Berlin gegenwärtig vorhandenen großen Mengen besten Gefrierfleisches nicht gekauft werden. Das Publikum hat aus der Kriegszeit her eine zum Teil berechtigte Abneigung gegen Gefrierfleisch, da das Ausland damals minderwertige Qualität von Fleisch lieferte, das zum Teil über ein Jahr in den Kühlhäusern gelagert hatte. Das jetzt aus Argentinien und Kanada bezogene Gefrierfleisch ist in der Qualität so hervorragend, daß es dem frischen Fleisch fast überhaupt nicht nachsteht und dabei nur die Hälfte des Inlandfleischpreises kostet. Man ist in den genannten Organisationen der Ansicht, daß durch Abnahme von Gefrierfleisch sehr schnell ein Verkauf der jetzt feststen Viehmärkte eintreten und damit eine Senkung der Preise für deutsches Fleisch erfolgt werden würde.

Berliner Mörder in der Provinz.

Auf Arnimsheim, dem Gute des Grafen v. Arnim im Kreise Templin an der mecklenburgischen Grenze, wurde in der Nacht zum 5. d. M. der Gutsinspektor Otto von Cindreporen, die in das Speisezimmer eingedrungen waren, erschossen. Man fand ihn morgens tot auf. Eine Kugel war ihm durch das linke Auge in den Kopf eingedrungen und hinten wieder herausgetreten. Wie die Landespolizei ermittelt, sind die Mörder ohne Zweifel drei Männer, die am Tage vor der Mordnacht auf der Station Kramlich den Eisenbahnzug verlassen haben. Zwei von ihnen waren nach den weiteren Feststellungen in Berlin auf dem Bahnhof Gesundbrunnen eingestiegen. Der dritte stieg erst in Templin zu ihnen ein. Von dort fahren alle drei nach Kramlich, wo sie ausstiegen. Die noch unbekannt Täter gehören wahrscheinlich zu einer Verbrechergesellschaft, die im Norden Berlins, vermutlich auf dem Wedding, haust. Mitteilungen, die zur Ermittlung und Ergreifung der Verbrecher dienen können, nimmt Kriminalkommissar Tretlin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Ein Parteiveteran.

Der alte Kischnid, Pfläckerstraße 45, feiert mit seiner Gattin heute, am 14. April, die goldene Hochzeit. Er ist einer der Veteranen unserer Partei und gehört zu ihr bereits seit 1878. Von Anfang an und auch in der gefährlichen Zeit des Sozialistengefeßes war Genosse Karl Kischnid für die Partei und für die Arbeiterklasse mit großer Mäßigkeit tätig. Eine Maßregelung bei der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft machte es ihm unmöglich, in Berlin noch Arbeit als Schlosser zu erhalten. Er wechselte den Beruf und wurde Maschinen- und Heizerverein für Berlin und Umgegend und 1892 den heutigen Zentralverband der Maschinenisten und Heizer, um dessen Weiterentwicklung er als dessen Vorsteher und später als Redakteur des Verbandorganes sich in ziemlich dreißigjähriger Arbeit verdient gemacht hat. Genosse Kischnid, der eine echte Kampfnatur ist, betätigt sich trotz seiner 73 Jahre mit regem Interesse an den Veranstaltungen der Partei und kann jüngeren ein Vorbild sein. Der „Vorwärts“ hat seit dem Tage, wo er vor jetzt 30 Jahren als „Berliner Volksblatt“ erschien, den Genossen Kischnid zum Abonnenten.

Stadtrat a. D. Hamburger, dessen Tod wir gemeldet haben, wurde gestern durch Feuer heftigst. In der Trauerfeier beteiligten sich frühere und jetzige Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Große Seefischzüge. Von den Nordseefischen werden zurzeit sehr bedeutende Fänge von Seefischen gemeldet, die bereits zu einem erheblichen Rückgang der Preise geführt haben. Infolgedessen werden auch dem Berliner Markt in nächster Zeit preiswerte Seefische, besonders Kabeljau, Seelachs und Merlan in großer Menge zur Verfügung stehen. Auch die Ostsee liefert zurzeit in größeren Mengen grüne Herings sowie Dorsche zu verhältnismäßig niedrigen Preisen. In Anbetracht der hohen Fleischpreise sollten sich daher gerade jetzt die Verbraucher in stärkerem Maße als bisher dem Fischkonsum zuwenden.

Allgemeine große Jahrausstellung für Seifen und Parfümerien. Der Schutzverband deutscher Seifenhändler E. S. und die Einkaufszentrale der Seifenhändler von Groß-Berlin E. S. m. b. H. veranstalten vom Sonntag, den 22. bis 24. April 1923 in den Geschäftsräumen der „Neuen Welt“, Berlin, Hohenstraße 108/114, eine allgemeine große Jahrausstellung für Seifen, Parfümerien, Toiletteartikel, Haarschmuck, Bürsten und Besen, Schweißtücher, Papierwaren, Bekleidungsgegenstände, Steingut und Tonwaren sowie alle einschlägigen Artikel. Seifenhändler, Drogisten, Material- und Gemischtwarenhandlungen sowie alle Interessenten haben freien Eintritt. Die Ausstellung ist von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends geöffnet. Eintrittskarten sind gegen Einzahlung des Rückportos im Ausstellungsbureau, Berlin C. 25, Prenzlauer Str. 53/55, zu haben.

Der Gaspreis für April beträgt bei den städtischen Gaswerken nach einer in der heutigen Nummer enthaltenen Bekanntgabe 650 M. für das Kubikmeter.

Chemiekurs. Anfang April d. J. beginnt an der 7. städt. Volkshochschule, Charlotten Str. 74, Mittwochs 4, 8 bis 10 Uhr ein neuer Chemiekurs Experimentalkurs für Anfänger. Er ist für diejenigen bestimmt, die sich auf diesem wichtigen Gebiete umfassendere Kenntnisse aneignen wollen. Mit dem Kursus sind Beschäftigungen wichtiger industrieller Anlagen verbunden. Anmeldungen werden täglich von 6 bis 9 Uhr abends im Kontostimmer der Schule entgegengenommen, wobei eine Gebühr von 800 M. für das ganze Semesterhalbjahr erhoben wird.

Märkische Vorträge. Sonnabend, den 14. April, 8 1/2 Uhr, wird Ostler Völle im Saale des Kunstgewerbmuseums, Pring-Albrecht-Str. 7/8, an Hand von 120 Bildnissen in natürlichen Farben, über Berg- und

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ruhig. Fische ausreichend, Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft reger.

Am Freitag gulten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 3800—4000 M., ohne Knochen 4000—4600 M. Schweinefleisch 3800—4400 M. Kalbfleisch 3100—4100 M. Hammelfleisch 3600 bis 4700 M. Rindertalg 2800—3200 M. Schmalz 650—1800 M. Kabeljau 850—1350 M. Dorsch 500—600 M. Grüne Herlinge 800 bis 900 M. in Eis: Aale 4800—5600 M. Schleihe 2600—3400 M. Plitzten 600—1800 M. Lehnade Aale 6000—7200 M. Hechte 1800—3200 M. Naturbutter 8500—9000 M. Margarine 2500—3500 M. Schweineeschmalz 3400—3600 M. Eier 295—300 M. das Stück. Weizenroggen 900—1100 M. Weizen 140—200 M. Weizenroggen 200—300 M. Mehrrüben 85 bis 120 M. Kohlrüben 90—140 M. Rote Rüben 100—120 M. Kartoffeln 320—370 M. sahn Pfund. Essig 350—400 M.

Wahlbüchsen von Dufour und Freudenwalde und das Schloß bei der Westmark, namentlich die schönen Taler der Riegel, Schlöbde und Janze und zu den interessantesten Architekturwerken von Königsberg, Barmbe und W. führen. Karten an den Konzeptschiffen von H. Bortwein, Ecke u. Bod usw. und der Abendkasse.

Berliner Varietés.

Die Scala gewährt wieder einer Reihe guter Kritiken Raum. Die Lustigmannsche Besetzung arbeitet über am schwingenden Kraxel und an der wüstenhellen Leitertrage in schwindelnder Höhe. Ruis und Ariz zeigen moderne Kunststücke in feinerer Förmung, während Cronos allerlei athletische Höchstleistungen im Saal Freiheitspark vollbringt. A. B. das Gerzigen einer Uebersicht, Siegen eines Dufelens u. a. m. Schlichtig legt er sich auf ein Brett mit blauen Kugeln und läßt ein schwerer Korb auf seiner Brust Schmelzschmelzschmelz. Da man im voraus weiß, daß dem Geduldrigen nichts passiert, verpufft die Sache etwas. Gut sind auch die eleganten Dabbelstücke der Soufferröhr. Der lässliche Humorist Alex. Stamer weiß sich von den hier oft gebräuteten Voltstänzerinnen glücklicherweise fern zu halten. Der ausgezeichnete Bauherrnredakteur, für Berlin kein Fremder, die glühenden Illusionen von La Boral, eine italienische Opernängerin Hernandez und der Trolchoph-Birkhofer Kurt Eric verwirklichen das interessante Programm.

Wintergarten. Um es kurz zu machen. Die Direktion dieses Establishments bekommt es fertig, einem „Künstler“, der sich „Künstler“ nennt, zu gefallen, auf der Bühne ganz großartig, klumpes und freches monarchistisch-nationalistisches Repertoire zu agieren: Hindenburg, Bismarck, der alte Wilhelm (aber Kononensprung), der alte Franz Josef und der alte Fritz. Eine unverkennbar arbeitende Clique haucht den Saluttönen zu bräunlichem Beifall. Das kleine Programm ist gut, aber die notwendige Abwechslung der Produkte des Künstlers jähmt und leidet. Die Leistungen aller dieser mit ausgezeichnetem Können und Gelingen arbeitenden Herrschaften diesmal nur summarisch zu behandeln. Eine ganz offene Kundige Folge der erregten „nationalen Stimmung“ ist es, daß das Publikum dann einfach nicht imstande ist, die fast satirischen Tänze eines amerikanischen Pianistenpaars zu würdigen. Der Wintergarten bringt auf diese Weise den vielen Zuschauern eine merkwürdige Mischung von der „würdigen Haltung“ der Deutschen im Ruhrkampf und der Unfähigkeit und energieloser man verlangen, daß die Vorstellungen des „Künstlers“ schleunigt von der Bühne des Wintergartens verschwinden.

Im Metropol-Varietés sind es die vier Romanos, die als Krallenmenschen wohlverdienten Beifall ernten. E. D. Pflanz arbeitet als Jongleur mit guter Wirkung und zeigt recht lässliche Leistungen am Red. Die Dressuren der Barocka sind anerkennenswert. James Bach als Charakterkomiker und Armin Efferd sorgen für Unterhaltung. Von Tänzern seien genannt die Venaro-Truppe, die in wilden Tänzen über die Bretter tritt, während der Janen-Jakobs mit Lotte Braun und Lizzie Oshansky Tänze gemischter Art zeigt. Vergessen seien nicht die sechs Orchesters gelungene equilibristischen Darbietungen.

Der erste griechische Dampfer „Electra Stracoudi“ im Steiner Hafen ein, als erster seiner Flotte nach dem Kriege, ein Zeichen des Wiedererwachens des internationalen Verkehrs. Das Schiff bringt eine wertvolle Ladung magnetischen Eisens und Brauneisenerze von Seriphos (Griechenland).

Ruheländer in der Schweiz. Anmeldungen für die Uebernahme von Kindern aus dem Ruhrgebiet in der Schweiz sind nach einer Mitteilung aus Bern bisher rund 200 eingegangen. Der erste Kinderzug geht am 18. April vom Ruhrgebiet ab und trifft am 19. April in der Schweiz ein. Auch die Gedächtnisfeier nehmen einen erfreulichen Fortgang.

Pestepidemie in Indien. Dem Reuterbureau wird aus Simla gemeldet, daß eine Pestepidemie, die Tausende von Menschen hinraffte, in fast allen Provinzen Indiens wütete. Die Statistik für die am 24. März zu Ende gegangene Woche zeigt 9000 Pestfälle in ganz Indien, von denen 8000 tödlich verliefen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

188. 231. Reichsverband Ost. Sonntag nachmittag, 3 1/2 Uhr, in der Jugendhalle Godesb., Reichstraße 49. Elternabend der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Parteigenossen werden ersucht, sich daran recht zahlreich zu beteiligen. Jungsozialist. Arbeitsanstalt. Sonnabend, 3 1/2 Uhr, Sitzung im Lindens. Zimmer 21. — Gruppe Fichtenberg. Sonntag Wanderung nach Ermsloh. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg (früher Formalehe).

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 14. April:

Konferenz der Abteilungsleiter, 7 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 1. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Die Verhandlungen des Vorstands müssen dem Jugendsekretariat noch vor der Konferenz mitgeteilt werden. Besprechungen werden nicht zugelassen. Parteibetrieb. 7 Uhr, Frühlingsspiel im Realgymnasium, Appenstraße. Musik, Gesang, Rezitationen, Ansprache, Liebes zur Deute und Volkstanz. Unkostenbeitrag 60 M. Streik. 8 1/2 Uhr, Jugendfeier in der Aula der Oberrealschule Glienstraße. Musik, Chor, Rezitationen, Politische und Jugendspiel.

Morgen, Sonntag, den 15. April:

Reiseplan. Wanderung nach Hienstrug-Rosen. Treffpunkt 4 1/2 Uhr Ringbahnhof Friedenau-Wilmersdorf. — Schandbrennen. Anreisestrich nach Hienstrug. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — Landeis. Wanderung Hienstrug-Rittenmelde. Treffpunkt 4 1/2 Uhr Ringe. — Landeisberg. Dieritz. Wanderung rund um den Müggelsee. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Landberger Allee. — Riebeckseeausflug. Wanderung nach Potsdam-Saltram. Treffpunkt 6 Uhr Friedenau. — Draisianer Berg. Anreisestrich. Treffpunkt mittags am Müggelsee. See, Ostsee. — Stralauer Dieritz. Wanderung. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

Arbeiter sport.

Fußball am Sonntag.

Spieler am 15. April, nachmittags 4 30 Uhr. 1. Mannschaften: Kreuzberg-Beitrag-SSC. (Werner-Schneider), Wilmersdorf-Union-Parkum (Weiland-Sandwich), Schöneberg-Vorwärts-Rathenow (Anders-Egloff), Groß-Trotz-Großes (Wohls-Bittoria), Teltow-Siemensstadt (Jetties-BSC.), Berlin-Ludowikow-Germania-Beitzer (Ulrich-BSC.), Borussia-Fichte-Süd, Teutonia 09—Bismarck (Rammann-Roth), Hienstrug 1—Steglich. 2. Mannschaften. 2 1/2 Uhr. Wilmersdorf-Union-Parkum (Fichte-Süd), Teltow-Siemensstadt (Ruff-Bittoria), Borussia-Fichte-Süd, Teutonia 09—Bittoria (Barns-Parkum), Kreuzberg-Beitrag-SSC., Hienstrug 1—Vorwärts-Rathenow (Werner-Kellow).

Kreuzberg-Beitrag-SSC., die alles daran setzen werden, um ihre Niederlage gegen Germania wieder gutzumachen. Immerhin heißt R. B. eine gute Mannschaft. Sie auch zu gewinnen weiß. Wilmersdorf trifft auf Union-Parkum. Beide Mannschaften sind sich ebenbürtig und der Sieg wird der Sieger sein. Schöneberg empfängt Vorwärts-Rathenow. Erster, eine schnelle, unentschiedene Mannschaft, wird alles daran setzen, um sich die Gewinlöhner nicht entgehen zu lassen. Großen muß nach Niederlage und hat in Groß-Trotz einen nicht allzuernsten Gegner. Teltow trifft auf Siemensstadt. Erster sind in letzter Zeit sehr in Form gekommen, haben aber in G. ihren stärksten Gegner. Germania-Beitzer muß nach Ludowikow und werden sehr schwer mit einem Siege heimkehren. Borussia empfängt Fichte-Süd. Bezirke, wenn sie durchhalten, haben Aussicht auf den Sieg. Bittoria und Teutonia werden sich einen erbitterten Kampf liefern, sind doch beide Vereine im Vereinbetrieb ander Spitze gewesen. Steglich fährt nach Hienstrug zur dortigen 1. Abteilung und hat einen harten Gegner. Die neue Mannschaft von Hienstrug wird in Schöneberg gegen Rathenow 2 antreten. Diese Spiele werden zum größten Teil von den 1. Mannschaften um 2 1/2 Uhr eingeleitet werden.

Fichte-Süd, Fußballabteilung, spielt auf dem Fichte-Turnplatz in Teutonia. Lokal Report. Dresdenbach. Als Gesellschaft, dort jeden Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Sitzung. Telefonische Vorlesung 149 22. Am 17. April außerordentliche Sitzung. Beide Mannschaften wünschen zu Spieligen April noch auszuerte.

Große Kreuzfahrt Groß-Berlin. Dienstag, 7 Uhr, Sitzung des Ausschusses im Godesb.-Saal, Godesb.-Saal, Godesb.-Saal. Ausschuss der Programme zum Vereinsfest. Dazu von jedem Bezirk ein sachliches Teiler und ein Vertreter des Gesamt-Kreislaufes.

Arbeiter-Sportklub „Fichte-Süd“. Ortsgruppe Alpende. Sonntag, den 13. April. Bezirksausstellung in Pankow. Abreise zum Landeis, Godesb.-Saal. 47. Start punktlich 10 30 Uhr, Ruffenberger Platz. — Landeis Sonntag, den 15. April: 1. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 2. Wkt.: Wilmersdorf-Union-Parkum, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 3. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 4. Wkt.: Godesb.-Saal, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 5. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 6. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 7. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 8. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 9. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 10. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 11. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 12. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 13. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 14. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 15. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 16. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 17. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 18. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 19. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 20. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 21. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 22. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 23. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 24. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 25. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 26. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 27. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 28. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 29. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 30. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 31. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 32. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 33. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 34. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 35. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 36. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 37. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 38. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 39. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 40. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 41. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 42. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 43. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 44. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 45. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 46. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 47. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 48. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 49. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 50. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 51. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 52. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 53. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 54. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 55. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 56. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 57. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 58. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 59. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 60. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 61. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 62. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 63. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 64. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 65. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 66. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 67. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 68. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 69. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 70. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 71. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 72. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 73. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 74. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 75. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 76. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 77. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 78. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 79. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 80. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 81. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 82. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 83. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 84. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 85. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 86. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 87. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 88. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 89. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 90. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 91. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 92. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 93. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 94. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 95. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 96. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 97. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 98. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 99. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 100. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 101. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 102. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 103. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 104. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 105. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 106. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 107. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 108. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 109. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 110. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 111. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 112. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 113. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 114. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 115. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 116. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 117. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 118. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 119. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 120. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 121. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 122. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 123. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 124. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 125. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 126. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 127. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 128. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 129. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 130. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 131. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 132. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 133. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 134. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 135. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 136. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 137. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 138. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 139. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 140. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 141. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 142. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 143. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 144. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 145. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 146. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 147. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 148. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 149. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 150. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 151. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 152. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 153. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 154. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 155. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 156. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 157. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 158. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 159. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 160. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 161. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 162. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 163. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 164. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 165. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 166. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 167. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 168. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 169. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 170. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8 Uhr und 1 Uhr. 171. Wkt.: Hienstrug-Beitrag, Start 8

Die Reichseisenbahnen.

Der Reichstag nahm gestern Freitag zunächst eine Erklärung des Abg. Walle (Deutsch. Freiheitspartei) entgegen; der preussische Minister des Innern habe die

Reichszentrale der Deutschösterreichischen Freiheitspartei für geschlossen erklärt.

die Räume beschlagnahmt und die Beamten zur Vernehmung auf das Polizeipräsidium bringen lassen. Kein einzelstaatlicher Minister habe befugt, eine Reichsparteizentrale zu schließen. Der Reichstag habe seinen Sitz in Berlin, und so könnten die drei Abgeordneten lediglich in Berlin ein solches Reichsparteibüro einrichten. Wenn die Reichsregierung ein derartiges Vorgehen billige, so erklärt sie sich banterrot (Gelächter links), indem sie einen einzelstaatlichen Innenminister gegen die Reichsverfassung regieren lasse. Inzwischen seien für die Verlags-Gesellschaft „Deutscher Herold“ einige Räume freigegeben, der Zutritt aber nur beschränkt gestattet worden. Gegen diese ungeheuerliche Vergewaltigung grundlegender Rechte der Reichstagsabgeordneten durch Angestellte eines Einzelstaates werde härtester Einspruch erhoben; die drei Abgeordneten erwarteten, daß das Haus sich mit ihnen solidarisch erkläre. (Erneutes Gelächter links.)

Präsident Eöde:

Eine Debatte kann sich an diese Mitteilung nicht schließen. Ich stelle aber anheim, eventuell durch den Geschäftsordnungsausschuss prüfen zu lassen, ob etwa eine Beschränkung der persönlichen Freiheit vorliegt, welche die verfassungsmäßigen Rechte der Mitglieder des Hauses beeinträchtigt. Eine solche Nachprüfung ist zulässig und auch schon gegenüber anderen Parteien ausgeführt worden.

Das Haus beschließt dieser Anregung des Präsidenten gemäß. In allen drei Besungen wird der Gesetzesentwurf über die Sicherstellung von Gegenständen, deren Auslieferungspflicht nach dem Versailler Vertrag streitig ist, genehmigt.

Darauf wird

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums

beraten. Abg. Brunner (Soz.) erkennt an, daß die Leistungen der Reichseisenbahn wesentlich gesteigert worden sind, es hätten aber noch größere Erfolge erzielt werden können, wenn der Verwaltungsapparat beweglicher wäre. Zwar seien zum Abbau des Bürokratismus schon Verbesserungen eingeführt, aber noch immer könne die

Verwaltung vereinfacht

werden. Zu berücksichtigen sei allerdings, daß der Güterverkehr infolge der Umstellung großer Teile der Wirtschaft von der Steinkohle auf Braunkohle mit großen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Es hätten sich neue Verkehrsverhältnisse gebildet. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln nehme die Reichsbahn jetzt anders in Anspruch als früher. Das alles veranlasse Betriebsumstellungen, die hemmend wirken. Die Betriebssteigerung sei nicht zuletzt auch abhängig von den Betriebsverhältnissen. Der Reparaturstand des Materials habe sich gebessert. Die Werkstätten, ebenfalls in einem Reformprozeß begriffen, leisteten zum großen Teil jetzt bedeutend mehr. Die Tarifpolitik werde von der Sozialdemokratie im allgemeinen gebilligt. Auch der Eisenbahnrat habe ihr zugestimmt. Die laufenden Ausgaben müßten durch die Betriebsmaßnahmen gedeckt werden. Zwischen dem Minister und den Organisationen des Personals bestehe im allgemeinen ein gutes Verhältnis; bedauerlich aber sei die Einsetzung von 30 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung der

Technischen Notfälle.

Das Verhalten der Eisenbahnen am Rhein und an der Ruhr sollte den Minister veranlassen, zu erklären, daß er die Technische Notfälle nicht mehr brauche. Sie werde von den Gewerkschaften und auch von der Sozialdemokratie verworfen. Die Einnahmen aus dem Personalrat betragen jetzt nur 5 Proz. der gesamten Einnahmen. Das ist auf die Dauer untragbar. Die Preise für die erste und zweite Klasse sind steigerungsfähig. Auf der anderen Seite muß man für soziale Aufgaben, so für Kinderreisen zu Erholungszwecken, für die Fahrten von Kriegsbeschädigten usw. Tarifermäßigungen schaffen. Genosse Brunner schloß seine von großer Sachkunde getragene Rede mit einem weiten Ausblick auf den Ausbau der Wasserstraßen und die Entwicklung der Wasserkräfte zur Ruhmherstellung für den Verkehr. — Es sprachen noch der Zentrumsabgeordnete Hoefle, der Deutschnational- Reichert und der Demokrat Wegand; alle wiederholten mehr oder weniger die Unternehmerwünsche, die Tarife abzubauen, ohne jedoch Gewähr dafür bieten zu können, daß dieser Tarifabbau auch wirklich zu einer Verbilligung der Erzeugnisse führen werde. Woher das Loch in den Reichseinnahmen gestopft werden soll, das dann entstehen muß, konnte keiner der Redner verraten. Heute, Sonnabend, Weiterberatung.

Wirtschaft

Ausfuhr von Spargelkonserven?

Aus Verbraucherkreisen wird uns geschrieben: Die Konservenindustrie, welche in einem Kartell zusammengeschlossen ist, zusammengeslossen ist, bemüht sich, die Ausfuhr von einer Million Dosen Spargelkonserven bei den zuständigen Stellen durchzusetzen. Man kann an und für sich dieser Industrie nicht verdenken, wenn sie den Versuch macht, ihre Erzeugnisse gegen hochwertige Valuta abzusetzen. Die Verbraucherschaft hat sich aber doch zu fragen, wie eine solche Ausfuhr auf ihren Geldbeutel wirkt.

Spargel ist ein Gemüse, welches seines hohen Preises wegen den Rinderelementen gar nicht oder nur in beschränkter Maße zugänglich ist. Darum ist man versucht, zu folgern, daß diese die Sache gar nicht oder nur wenig interessiert. Eine solche Folgerung ist falsch. Denn wenn eine Million Dosen Spargelkonserven ins Ausland wandern, so wird die Gesamtmenge aller anderen Gemüsekonserven, die 43 Millionen Dosen betragen dürfte, um eben diese Menge verringert.

Die Ausfuhr von Spargelkonserven hat deshalb zur Folge: 1. Die Steigerung des Preises der im Inland verbleibenden Mengen, denn die kartellierte Industrie denkt gar nicht daran, den Mehrerlös für den ausgeführten Spargel zur Senkung der Inlandspreise zu verwenden, sondern sie wird im Gegenteil bemüht bleiben, den Nutzen aus einer Million Dosen niedrigeren Angebots für sich in Anspruch zu nehmen.

2. Das Fehlen der einen Million Dosen Spargelkonserven führt zur Erhöhung der Preise aller anderen Gemüsekonserven, weil die Spargelkonsumenten, um die fehlende Spargelmengen zu ersetzen, in die billigeren Gemüsekonserven vorzuziehen, die Nachfrage nach anderen Gemüsekonserven steigern und damit die Preise derselben ebenfalls erhöhen.

Die Richtigkeit dieser Feststellung dürfte niemand bestreiten, um so weniger, als bekannt ist, daß kartellierte Industrien stets bestrebt sind, die Wirkungen des Gesetzes von Angebot und Nachfrage durch besondere Maßnahmen (Zurückhaltung der Ware usw.) in einem der Verbraucherschaft ungünstigen Sinne weiter zu beeinflussen.

Die Konservenindustrie begründete die beantragte Ausfuhr in einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Sitzung folgendermaßen:

„Die Ausfuhr von einer Million Dosen Spargelkonserven bringt eine Einnahme von acht Milliarden Papiermark, und zwar in hoher Valuta. Diese Summe braucht die Konservenindustrie, da sonst ihr Kreditbedarf, welcher mit 50 Milliarden besetzt wird, nicht bestritten werden kann und die Gefahr besteht, daß in Verfolg des Geldmangels die Herstellung von Erbsen- und Bohnenkonserven nicht erfolgen könne. Es stehe fest, daß über 1½ Millionen Dosen Spargel auf illegalem Wege ins Ausland gegangen sind, es sei deshalb richtiger, die Ausfuhr auf legalen Wege zu gestalten, als sie den Schiebern zu überlassen. Außerdem sei der Spargel ein Zugungemüse, das man unbedenklich ausführen könne, um für die dem Reich zur Verfügung gestellten Devisen, Futtermittel und dergleichen notwendige Dinge einzuführen. Finde der Antrag der Industrie kein Gehör, so müßten Betriebsbeschränkungen stattfinden und weiter würden Arbeiterentlassungen die Folge sein.“

Wenn Kartelle etwas erreichen wollen, so bereiten sie ihren Ansturm sehr sorgfältig vor. Es fehlt dann weder an netten runden Beweisführungen, noch an gutgläubigen Helfern. Infolgedessen waren es trotz der Anwesenheit von Vertretern des Magistrats Berlin und eines Arbeitervertreters nur die beiden Redner der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und die des Kleinhandels, die energisch der Ausfuhr widersprachen, weil sie keinen der angeführten Gründe für stichhaltig genug hielten, vielmehr der Meinung waren, daß rein egoistische Antriebe hinter der Forderung der Konservenindustrie stecken.

Ungefähr 10 Millionen Dosen Gemüsekonserven sind vor dem Kriege erzeugt worden und größtenteils in Deutschland verbraucht, also 37 Millionen mehr als gegenwärtig. Konserven sind Lebensmittel, also Produkte, die wir an und für sich einführen müssen. Devisen sollen wir nicht durch Abgabe dieser, sondern durch Ausfuhr anderer im Inlande überflüssiger Waren beschaffen, um weitere Lebensmittel zu kaufen und damit das Angebot im Interesse der Preisbildung vermehren, nicht aber wie in diesem Falle durch Ausfuhr vermindern und den Mangel noch vermehren. Die Kreditfrage schiebt man willkürlich in die Debatte, nicht etwa, um das Verhalten der Banken zu kritisieren, sondern um unter Hinzunahme der wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen der Banken einen Druck auf die Regierung auszuüben. Die Arbeitslosigkeit muß man in diesem Falle ganz ohne Rot an die Wand, um die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter zur Seite zu haben. Die illegale Verschlebung von 1½ Millionen Dosen Konserven führt man an, nicht, um von der Regierung verschärfte Kontrolle und Wachsamkeit zu fordern, nein, man fordert neben diesen noch weitere eine Million Dosen legale Ausfuhr, damit nicht nur 1½ Millionen, sondern 2½ Millionen Dosen Konserven dem inländischen Konsum verloren gehen und den Preis höher treiben helfen.

Der Tatsache aber, daß man Konserven zurückgehalten hat, um nach Zustimmung der Regierung zum Ausfuhrantrag diese nach dem Auslande auszuführen, tut man nicht Erwähnung. Man wagte sie aber auch nicht zu bestreiten, als sie den Herren von anderer Seite entgegeng gehalten wurde. Wir möchten glauben, daß auch die Braunschweigische Regierung sich nicht so energisch für die Ausfuhr eingesetzt hätte, wenn sie jener Tatsache mehr Beachtung geschenkt haben würde und den eigentlichen Motiven nachgegangen wäre. Reichstag und Reichsregierung aber werden ernstlich zu prüfen haben, ob sie der Konservenindustrie, die jetzt schon für ihre Abnehmer rigorose Bezugsbedingungen vorgegeben hat, nachgeben sollen. Die Verbraucher jedoch werden, gelingt es der Industrie ihren Willen durchzusetzen, den Schaden tragen müssen. Andere Ausfuhranträge werden zweifellos nachfolgen.

Wo aber, so fragen wir uns, bleibt der Schutz der Verbraucher?

Billigere Tapeten. Die Tapetenfabrikanten haben beschlossen, ihre Preise mit Wirkung ab 16. April um rund 10 Proz. zu ermäßigen.

Die Minderung der deutschen Lebenshaltung.

Eine unmittelbare Folge des Krieges und des Versailler Diktats ist die erhebliche Senkung der deutschen Lebenshaltung unter die Vorkriegszeit. Ein jeder spürt an eigenen Leibe, wie die hochwertigen Lebensmittel zu Luxuswaren geworden sind, die die Arbeiterschaft und die noch mehr verarmten Kleinrentner fast nicht mehr leisten können. In den statistischen Berechnungen des Verbrauchs wichtiger Lebensmittel kommt diese Tatsache noch stärker zum Ausdruck. Vor dem Kriege wurden pro Kopf der Bevölkerung 2,49 Kilogramm Eier eingeführt, 1922 hatten wir einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr an Eiern. Der Einfuhrüberschuß von Butter ist von 0,8 Kilogramm auf 0,01 Kilogramm, also den 80. Teil, gesunken. Die Einfuhr von lebendem Vieh ist auf weniger als ein Fünftel zurückgegangen. Kaufunfähig infolge des Niederganges der Mark, war das deutsche Volk außerstande, seine Fleischversorgung durch Zufuhren aus dem Auslande zu ergänzen. Dem entspricht auch die Fleischverfälschung, wenn man sie nach dem Schlachtgewicht der beschlagnahmten Schlachtungen vor und nach dem Kriege berechnet. Es kamen da im Bereich der neuen Reichsgrenzen folgende Fleischmengen in den Verbrauch:

	1913	1921	1922
Rindfleisch . . .	8 045 930 dz	6 196 008 dz	6 388 810 dz
Kalb- und Lammfleisch . . .	1 481 014 "	1 212 207 "	1 251 008 "
Schweinefleisch . . .	18 919 211 "	5 654 552 "	5 740 890 "
Dammelfleisch . . .	432 716 "	480 319 "	869 289 "
zusammen	28 878 871 dz	13 473 746 dz	18 769 807 dz

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im Jahre 1922 insgesamt ein Ausfall von 10 109 064 Doppelzentnern oder 42 Proz. der Fleischmengen, die in der Vorkriegszeit zur Verfügung standen. Der Gesamtfleischverbrauch aus Einfuhrüberschuß, beschlagnahmten und anderen Schlachtungen betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 nur noch 33,1 Kilogramm gegen 49,0 Kilogramm im Jahre 1913 und weist damit eine Abnahme von 15,9 Kilogramm oder 32,5 Proz. auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Fleischverbrauchs auf dem Lande gegen die Zeit vor dem Kriege wesentlich gestiegen ist. In den Städten mit überwiegender Arbeiterbevölkerung dürfte demnach der Fleischverbrauch auf weniger als die Hälfte gesunken sein.

Auch der Verbrauch an Mehl ist wesentlich zurückgegangen. Vor dem Kriege standen an Brotgetreide 6,3 Millionen Tonnen und etwa 6,5 Millionen Tonnen Weizen und Spelz zur Verfügung. Im Jahre 1921 aber waren nur 6,3 Millionen Tonnen Roggen und 4,8 Millionen Tonnen Weizen und Spelz nach den statistischen Ermittlungen verfügbar. Das deutsche Volk verbrauchte also 27 Proz. über ein Viertel, weniger als in 1913/14 des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes. Noch ungünstiger ist das Bild bei Kartoffeln, deren Verbrauch von 1913 auf 1921 sogar um 51 Proz. zurückgegangen ist. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1922 eine wesentlich bessere Ernte gebracht hat, daß aber auf der anderen Seite infolge der zurückgehenden Einfuhr von Futtermitteln der Verbrauch von Kartoffeln für die tierische Ernährung, der der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teil verloren geht, erheblich zugenommen hat.

Die Folge dieser Verarmung ist, daß das deutsche Volk selbst einfache Genussmittel kaum noch kaufen kann. So ist der Verbrauch an Kaffee, an Bier und ähnlichen Genussmitteln ganz erheblich gesunken.

Das Land der indirekten Steuern ist Frankreich. Während seine Einnahmen aus den direkten Steuern im März nach den Mitteilungen, die der Finanzminister im Ministerrat machte, 501 975 600 Frank betragen, beziffern sich die Einnahmen aus den indirekten Steuern und den Staatsmonopolen auf 1 288 501 000 Frank, also mehr als das Doppelte. Die letztere Ziffer weist gegenüber den Einnahmen im März des Vorjahres eine Erhöhung um 110 Proz. auf und übersteigt die Schätzungsziffer des Budgets um etwa 10,5 Proz. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Einnahmen aus den indirekten Steuern und den Staatsmonopolen für das erste Vierteljahr 1923 die Schätzungsziffer des Budgets um über 2500 Millionen und die Einnahmen des ersten Vierteljahres 1922 um etwa 237 Millionen übersteigen.

Die Wirtschaftslage der Ukraine. Auf der Ukrainischen Parteikonferenz wies Rakowski auf die großen Fortschritte der wirtschaftlichen Wiederherstellung der Ukraine hin. Die Lebensmittel- und Transportbeschwerden seien bedeutend zurückgegangen. Die Winterkatastrophe habe die Ausdehnung des Jahres 1916 erreicht. Die Produktion der Landwirtschaft belaufe sich, ohne die Viehzucht mitzurechnen, auf 575 Millionen Goldrubel. In diesem Jahre seien weitere Erfolge zu verzeichnen. Die leichte Industrie entwickle sich schnell und habe schon 50 Proz. der Vorkriegszeit erreicht. Die Schwerindustrie entwickle sich langsamer, aber die allgemeine Besserung der Lage lasse hoffen, daß ihre Wiederherstellung nun schneller vorantreiben gehen werde. Die Produktivität der Arbeit eile dem Steigen der Löhne voraus, die in der leichten Industrie 90 Proz. der Vorkriegszeit und in der schweren Industrie 60 Proz. (in Goldrubeln berechnet) erreicht hätten.

Devisentafel. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 576,05 Gelb, 578,95 Brief; 100 österreichische Kronen 29,83 Gelb, 29,79 Brief; 1 schwedische Krone 627,92 Gelb, 631,08 Brief; 1 ungarische Krone 4,68 Gelb, 4,67 Brief; 1 bulgarische Letva 164,33 Gelb, 163,17 Brief; 1 japanischer Dinar 214,71 Gelb, 215,79 Brief. — Eine polnische Mark kostete etwa 49 Pf.

Unreines Blut und dessen Folge-Erscheinungen wie Haut- und Gelenkskrankheiten, Paralyse, Gicht, etc. werden beseitigt durch Anwendung einer Frühjahrskur mit Dr. Hoffmann'ser ges. Arsen-Lithium-Pillen. Leicht bekömmlich / blutbildend / Ausführl. Literatur gratis. **Deutschen-Apothek, Berlin SW, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz), Zentrum 7192.**

C
Spittelmarkt
Gds. Wallstraße
Niederplatz
nahe Altinger
Königstr. 55
gegenüber Rathaus

S
Kollhofer Damm 10
nahe Warenhaus Sombor

W
Friedrich-Str. 103 a
Gds. Leipziger Str.
Ceipziger Str. 113
Gds. Power-Str.

N
Schönhauser Allee 61
am Bbl. Nordring
Friedrich-Str. 106
Gds. Siegal-Str.

Javaliden-Str. 184
Gds. Brunnen-Str.

Javaliden-Str. 117
am Berliner Bahnhof

Chaussee-Str. 72
nahe Mühlentz.

Frankfurter Allee 14
nahe Zing

Dieser Kneifer aus Gold-Doublet

Alle ärztl. Gläser-Verordnungen werden schnell und sorgfältig ausgeführt.

Die Preise für Gold-Doublet sind weiter herabgesetzt wie folgt:

Kneifer ohne Randfassung Gold-Doublet	Kneifer mit Randfassung Gold-Doublet	Brillen mit und ohne Randfassung Gold-Doublet
ein Jahr Ruhe-Garantie M. 1500, 3000	ein Jahr Ruhe-Garantie M. 6500	ein Jahr Ruhe-Garantie M. 6500
zwei Jahre Ruhe-Garantie M. 2000	zwei Jahre Ruhe-Garantie M. 10500	zwei Jahre Ruhe-Garantie M. 10500
drei Jahre Ruhe-Garantie M. 10500, 12000	drei Jahre Ruhe-Garantie M. 18000, 24000	drei Jahre Ruhe-Garantie M. 24000

Auf alle 14-tägigen Goldfassungen vier Jahre Ruhe-Garantie / Hornbrillen von 6000 an, Roberte Bognatten, Silber, von 45000 an, Gold-Doublet von 30000 an. Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Rathenower Schließart 2200, Punktfort-Brillen 4400, dieselben aus unserem guten Sanostop-Glas ebenfalls 4400.

Für die Reise und den Sport:

6x	250000	8x	280000	12x	350000
eigenes, erstklass. Fabrikat Vergrößerung					

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

35 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich; Fabriken in Rathenow-Neue Schleuse u. Berlin.



nur Mark 1800 mit Gläsern 4000 mit Menisken 6200

das 1 Jahr Garantie für die Fassung.

nur Mark 1800 mit Gläsern 4000 mit Menisken 6200

das 1 Jahr Garantie für die Fassung.

NW
Friedrich-Str. 150
Gds. Berthold-Str.

SW
Belle-Alliance-Str. 4
nahe Jander

SO
Oranien-Str. 44
zwischen Berlin- und Oranien-Platz

Spandau:
Breite Str. 18
nahe Markt.

Charlottenburg:
Tannentien-Str. 15
Gds. Werder-Str.

Jochimssthaler-Str. 2
nahe Bahnh. Zoo

Neutölln:
Bergstr. 4
Gds. Jochimssthal.

Friedenau:
Rhein-Str. 18
Gds. Siegal-Str.

Schöneberg:
Haupt-Str. 21
Gds. Kneifer-Str.

Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-33
nahe Ullandsbr.

